

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05. November 2018

AKTUELLES

Länder wollen Schulen schnell ins Netz bringen	2
Wie Lehrer aufs Land gelockt werden	3
Berufsschulen brauchen 60 000 Lehrer bis 2030	5
Unicef: Deutschland bei Bildungsgerechtigkeit nur im Mittelfeld	6
15 Minuten täglich Vorlesen bringt viel	7
Was tun gegen Hass im Netz?	8

KULTURPOLITIK

Virtuelle Welten: Museum neu erleben	10
Hamburger wird neuer Preußen-Stiftungs-Chef	11
Künstler rufen „Europäische Republik“ aus	14

BERUF UND WEITERBILDUNG

Mindestlohn steigt zweimal – Millionen Menschen arm	18
EU-Kommission ermuntert zur Weiterbildung.....	22

FORSCHUNGSPOLITIK

Europäische Forscher bauen Quantencomputer	24
VW im Spitzentrio bei Forschungsausgaben	26
Schilf soll schöne Beine machen	29

HOCHSCHULE

Gauck nun Ehrendoktor der Kieler Uni	33
Ausbau der offenen Bildungsmaterialien	34

SCHULE

Viele Lehrer in Niedersachsen arbeiten länger.....	37
Streit über Vertretungsunterricht in B-W	39

VORSCHULE

Streit über Kinderbetreuung in Hamburg	41
--	----

TERMINE	43
----------------------	-----------

INHALT (GESAMT)	47
------------------------------	-----------

Verantwortlich: Kirsten Baukhage | +49 30 2852 32275
dossier.bildungsforschung@dpa.com

AKTUELLES

Länder wollen Schulen schnell ins Netz bringen

Hamburg (dpa) – Die Bundesländer wollen die Digitalisierung von Schulen und öffentlicher Verwaltung voranbringen und machen bei der Integration geduldeter Migranten in den Arbeitsmarkt Druck auf den Bund. Bei der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) in Hamburg wurde am 26. Oktober auch eine Erhöhung der Fördermittel für Hochschulen im Rahmen der Exzellenz-Initiative gefordert. Die Ergebnisse im Einzelnen:

Beim **DIGITALPAK SCHULE** hätten die Länder „einen sehr einvernehmlichen Fahrplan“, sagte der MPK-Vorsitzende, Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD). Gemeinsam mit dem saarländischen Regierungschef Tobias Hans (CDU) zeigte er sich zuversichtlich, dass die nötige Grundgesetzänderung rechtzeitig zustande kommt, so dass die Umsetzung des Digitalpakts wie vom Bund geplant Anfang 2019 beginnen kann. Der Bund will den Kommunen ab dann für die nächsten fünf Jahre fünf Milliarden Euro zur Verfügung stellen, um Schulen ans schnelle Internet anzubinden und mit Hardware zur verstärkten Nutzung von Online-Unterrichtsmethoden auszustatten.

Vor allem Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hatte vor einem Eingriff in die Bildungshoheit der Länder gewarnt. Tschentscher betonte, dass die Ausgestaltung der Lerninhalte weiter im Zuständigkeitsbereich der Länder bleibe. Die Bundesmittel dienten nur der Hardwareausstattung und bildeten die Grundlage für die Länder, junge Menschen gut auf die Digitalisierung und ihre Herausforderungen vorzubereiten.

„Ich freue mich über das eindeutige Signal der Ministerpräsidentenkonferenz, dass der Digitalpakt Schule gebraucht wird“, sagte Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) nach Abschluss der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) in Hamburg der Deutschen Presse-Agentur. „Ich appelliere an alle Verantwortlichen, die notwendige Grundgesetzänderung rechtzeitig in Bundestag und Bundesrat zu beschließen.“ Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Marco Buschmann, zeigte sich grundsätzlich für eine Grundgesetzänderung offen, verlangte aber Nachbesserungen an den Regierungsplänen.

Bei der **HOCHSCHULFÖRDERUNG IM RAHMEN DER EXZELLENZ-STRATEGIE** fordern die Länder mehr finanzielles Engagement vom Bund. Sie erwarten, dass die Summe der Fördermittel der Zahl der erst vor wenigen Wochen ausgewählten Spitzenforschungscluster angepasst wird. Zugleich machten sie deutlich, dass auch die Länder mit Universitäten mit

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - AKTUELLES

einem Exzellenzcluster ihren Anteil an der Förderung entsprechend aufstocken würden. Im September waren 57 Cluster an 34 Universitäten zur Förderung ausgewählt worden. Deutlich mehr als in der vorangegangenen Förderperiode. Bund und die jeweiligen Länder tragen die Finanzierung mit 75 beziehungsweise 25 Prozent.

Bei der **INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN** in den Arbeitsmarkt drücken die Länderchefs aufs Tempo. Bis zu ihrem nächsten Zusammentreffen mit der Bundeskanzlerin am 5. Dezember erwarteten sie Vorschläge einer Regelung zur Integration schon länger in Deutschland lebender geduldeter Migrantinnen, sagte Tschentscher. Bei der Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive seien die Bundesländer schon gut vorangekommen. Dies nütze den Flüchtlingen und der Gesellschaft, sei gut für die vom Fachkräftemangel bedrohte Wirtschaft und spare Transferleistungen. Nun gelte es, auch Regelungen für die Gruppe ohne sichere Bleibeperspektive zu finden, „damit auch die Menschen, die sehr lange bei uns bleiben werden, gefördert werden“. Mit Blick auf die Finanzierung der Flüchtlingshilfe erwarteten die Länder eine Vereinbarung mit dem Bund über das kommende Jahr hinaus.

Martin Fischer (Hamburg)

Internet:

- Ministerpräsidentenkonferenz <http://dpaq.de/wRaVO>
- Bundesbildungsministerium zum Digitalpakt Schule <http://dpaq.de/tUQE8>

Wie Lehrer aufs Land gelockt werden

Gardelegen (dpa) – Jeden Monat 300 Euro – bis zum Ende des Studiums. Das ist das Angebot, das die Stadt Gardelegen im Norden Sachsen-Anhalts macht. Wer es annimmt, verpflichtet sich, nach dem Studium einen Lehrer-Job in der dünn besiedelten Region zu suchen. Und mindestens so lange zu bleiben, wie er zuvor das Stipendium erhielt, wie CDU-Kommunalpolitikerin Sandra Hietel sagt. „Wir dachten uns, wenn andere Gemeinden ein Stipendium gegen Landarztmangel vergeben, dann können wir das mal gegen Lehrermangel tun.“

Isabelle Radtke (25) hat das Angebot angenommen und sich damit erstmal festgelegt. Am 30. Oktober erhielt sie bei einer Tour durch die Schulen der Stadt die Urkunde als „Gardelehrerin“. Für sie ist es ein Heimspiel: Im Flur des Gymnasiums steht sie vor ihrem eigenen Abifoto von 2011. „Ich habe gerade meinen Master in Magdeburg angefangen und noch zwei Jahre.“ Ihre Fächer Mathe und Wirtschaft sind begehrt.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - AKTUELLES

„Ich hoffe, das ist keine Eintagsfliege, wir wollen damit auf Jahrzehnte unseren Bedarf decken“, sagt Bürgermeisterin Mandy Zepig (SPD). Sie weiß, dass sie mit ihrem Projekt nicht unbedingt Scharen aus dem ganzen Bundesgebiet lockt. Aber sie will jene zurückholen, die in der Gegend aufgewachsen sind. Sieben Grundschulen gibt es in Gardelegen, zwei Sekundarschulen, ein Gymnasium, 14 500 Einwohner. Egal, welchen Schulleiter man spricht: Allen fehlen Kollegen für den regulären Unterricht – von Puffer keine Rede. Nichts Besonderes.

Lehrer werden in der gesamten Republik gesucht. Je nach Schulart, Fächerkombination und Region ist die Besetzung besonders schwer. 32 000 Kollegen müssen nach Berechnungen der Kultusministerkonferenz bis 2030 jedes Jahr eingestellt werden. Während der Westen rechnerisch mehr ausbildet, als er braucht, klafft im Osten inklusive Berlin eine große Lücke zwischen Abgängen und Nachschub.

Auch der Trend, in die großen Städte und Ballungsgebiete zu ziehen, hat Folgen: Wenn dort mehr Menschen leben, werden mehr Pädagogen gebraucht – die Posten lassen sich tendenziell aber auch leichter besetzen, sagen Verbände. Kleinere Orte gehen häufiger leer aus. „Da steht Sachsen-Anhalt mitnichten alleine da“, sagt Ulf Rödde von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Gerade in ostdeutschen Ländern, aber auch in Regionen im Westen sieht es ähnlich aus.

Lehrerverband: Gute, völlig neue Idee

Die „Gardelehrer“ in Sachsen-Anhalt seien seines Wissens eine völlig neue Idee im Lehrerbereich, kommentiert der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger, den Vorstoß. „Wenn sich eine solche Verpflichtung für einen Stipendiaten juristisch sauber umsetzen lässt, dann würde ich so ein Modell begrüßen.“

Allzu viele Gegenstrategien gebe es nämlich bisher nicht. In Bayern habe sich das Problem lange nicht gestellt, weil das Land zwar zugelassen habe, dass Bewerber Wunschorte angaben, sagt Meidinger. Die neuen Kollegen seien bei Bedarf jedoch auch fern ihrer Präferenzen landesweit verteilt worden. Jetzt, wo der Lehrermangel sich verstärke, komme dieses System an seine Grenzen. So sei der Mangel in Oberbayern größer als anderswo. Bewerber aus anderen Ecken träten ihre Stelle anders als früher oft nicht an. Es gibt Ausweichmöglichkeiten.

„In Ländern, wo sich Kollegen direkt für eine konkrete Schule bewerben können, ist das Problem besonders dramatisch, in Sachsen zum Beispiel“, sagt Meidinger. Die dortige Landesregierung will Referendaren ab Januar bis zu 1000 Euro Zulage zahlen, wenn sie im Gegenzug im ländlichen Raum unterrichten. „Buschzulage“ nennt das der Bildungsminister aus dem

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - AKTUELLES

benachbarten Sachsen-Anhalt, Marco Tullner (CDU), scherzhaft. Er reicht zeitlich befristet einen Bonus für schwer besetzbare Stellen aus. Im ersten Versuch konnten so 24 von 55 Posten besetzt werden – die meisten auf dem Land.

„Ob das wirklich funktioniert, können wir noch nicht mit Sicherheit sagen“, resümiert Meidinger vom Lehrerverband. Auch der „Gardelehrer“ muss sich bewähren. Die Initiatoren sind positiv gestimmt: 28 Bewerbungen seien für die Premiere eingegangen, sagt Kommunalpolitikerin Hietel. „Das ist viel mehr, als wir erwartet haben.“ Wegen der großen Resonanz fördert die Stadt drei Studierende, statt wie geplant einen.

Für die 25-jährige Radtke stellt das Stipendium einige Weichen: Sie habe überlegt, an eine deutsche Schule ins Ausland zu gehen – oder zurück in ihre Heimat. Jetzt gilt Gardelegen. Aber dafür könne sie auch ihren Nebenjob im Supermarkt an den Nagel hängen. „300 Euro sind ein schönes Taschengeld.“

Franziska Höhnl (Magdeburg)

Internet:

- Vorschlag eines 10-Punkte-Programms gegen Lehrermangel der GEW <http://dpaq.de/6OGbE>
- Modellrechnung der Länder zum Lehrerberuf bis 2030 via KMK <http://dpaq.de/g6Ci2>

Berufsschulen brauchen 60 000 Lehrer bis 2030

Gütersloh (dpa) – An den Berufsschulen werden einer Studie nach bis zum Jahr 2030 rund 60 000 neue Lehrkräfte benötigt. Fast die Hälfte der aktuell etwa 125 000 Berufsschullehrer werde bis dahin in Rente gehen, neu ausgebildete Kräfte könnten die Lücke aber bei weitem nicht schließen. Davon geht eine am 29. Oktober in Gütersloh veröffentlichte Expertise des Bildungsforschers Klaus Klemm im Auftrag der Bertelsmann Stiftung aus. Die Berufsschulen treffe der Lehrermangel bereits seit längerem besonders hart. Sie seien heute schon in hohem Maße auf Quereinsteiger angewiesen. Diese verfügen zwar im Allgemeinen über einen Hochschulabschluss, aber eben nicht fürs Lehramt. Bundesweit besuchen 2,5 Millionen junge Leute eine Berufsschule.

Jörg Dräger vom Stiftungsvorstand sprach von alarmierenden Zahlen. Ein Mangel an Berufsschullehrern schwäche das Ausbildungssystem. „Das nimmt Jugendlichen wichtige Bildungschancen und schadet der Wirtschaft.“. Da die Lücke sich erst in einigen Jahren besonders gravierend

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - AKTUELLES

auf tun werde, bleibe noch etwas Zeit für eine bundesweite Strategie. Vor allem müsse es deutlich mehr Studienplätze für Berufsschullehrer geben.

Laut Stiftung rechnet Klemm damit, dass sich der Mangel nach 2025 verschärfen wird. Konkret sieht der Forscher folgenden Bedarf in Fünf-Jahres-Schritten: Bis 2020 müssten jährlich 4000 Lehrkräfte eingestellt werden – hier umfassen Klemms Kalkulationen den Zeitraum ab dem Jahr 2016. Bis 2025 sinke der Neueinstellungsbedarf dann zunächst auf 3300 Personen pro Jahr. Danach wachse er bis 2030 auf jährlich 4800 Kräfte. So kommt die Untersuchung auf rund 60 000 benötigte Lehrer. Und ein Blick darüber hinaus in eine noch etwas fernere Zukunft zeige, dass von 2031 bis 2035 sogar jährlich neue 6100 Lehrkräfte nötig seien.

Extremer Nachwuchsmangel: Wenige wollen an die Berufsschule

Dem gegenüber stehen laut Studie „im günstigsten Fall“ in den nächsten Jahren aber nur 2000 Absolventen des Lehramtsstudiums Berufsschulen/Sekundarstufe II. Vor allem in gewerblich-technischen Fachrichtungen, wo der Bedarf groß sei, zeichneten sich extreme Nachwuchsprobleme ab.

In den drei unterteilten Regionen West, Ost und Stadtstaaten fällt die Entwicklung dabei unterschiedlich aus. So sinken die Schülerzahlen an den Berufsschulen in den Flächenländern West und erreichen auch 2035 noch nicht das aktuelle Niveau. In den Flächenländern Ost und in den Stadtstaaten steigen sie dagegen laut Untersuchung kontinuierlich an. Und zugleich ist der Anteil älterer Berufsschullehrer, die in den nächsten Jahren ausscheiden werden, in den Flächenländern Ost überdurchschnittlich hoch.

Die Ausbildung von Berufsschullehrern dauere in der Regel mehr als sieben Jahre. Um den sich abzeichnenden dramatischen Mangel ab 2025 aufzufangen, müssten jetzt mehr Studienplätze bereitgestellt werden, forderte die Stiftung. Weitere Bausteine könnten sein: Die rund 30 Prozent in Teilzeit tätigen Berufsschullehrer mit Anreizen zu mehr Unterrichtsstunden zu motivieren und vor der Pensionierung stehende Kräfte noch zum Bleiben zu bewegen.

Yuriko Wahl-Immel (Dortmund)

Unicef: Deutschland bei Bildungsgerechtigkeit nur im Mittelfeld

New York (dpa) – Deutschland steht bei der Bildungsgerechtigkeit im Vergleich zu anderen Industrieländern nur im Mittelfeld. Das ergab eine Studie des UN-Kinderhilfswerks Unicef, für die das Unicef-Forschungszentrum

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - AKTUELLES

Innocenti in Florenz 41 Industrieländer verglichen hat. Das teilte das Kinderhilfswerk am 30. Oktober mit.

Die geringste Bildungsungleichheit wurde in Lettland festgestellt. Bulgarien und Malta stehen am Ende der Rangliste. Deutschland belegt Platz 23 und liegt damit im unteren Mittelfeld, hieß es. Das bedeute, dass auch Kinder in reichen Ländern nicht automatisch gleiche Chancen auf gute Bildung hätten.

Für die Studie untersuchten Experten die frühkindliche Förderung sowie die Grundschulen und weiterführende Schulen vor allem in Hinblick darauf, wie sehr beispielsweise der Beruf der Eltern, ein Migrationshintergrund, das Geschlecht oder die Schulformen die Bildungsgerechtigkeit beeinflussen. Die Experten werteten vor allem Daten der Europäischen Union und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aus.

Frühkindliche Förderung: Litauen, Island und Frankreich top

Bei der frühkindlichen Förderung sieht die Studie Litauen, Island und Frankreich vorn, die Türkei, die USA und Rumänien ganz hinten und Deutschland im Mittelfeld. Bei Grundschulen gibt es demzufolge in den Niederlanden, Lettland und Finnland die größte Chancengleichheit, in Malta, Israel und Neuseeland die geringste. Deutschland liegt im unteren Drittel. Bei 15-Jährigen stehen Lettland, Irland und Spanien vorne, Malta, Bulgarien und Israel hinten. Deutschland liegt im Mittelfeld.

Das Elternhaus erwies sich dabei in allen Ländern als wichtiger Faktor: In 16 der untersuchten europäischen Länder gehen Kinder aus den ärmsten Familien seltener in Kitas als Kinder aus wohlhabenderen Familien. Jeder vierte Jugendliche aus einer bildungsnahen Familie in Deutschland könne sich demnach vorstellen, eine weiterführende Schule zu besuchen, bei den bildungsferneren Elternhäusern ist es nur jeder siebte – und das bei gleichem Leistungsniveau. Um mehr Bildungsgleichheit zu gewähren, forderte Unicef, die frühkindliche Förderung für jedes Kind zu sichern.

15 Minuten täglich Vorlesen bringt viel

Berlin (dpa) – Ein paar Minuten täglich können späteren Frust und Ärger vermeiden oder mindern: Mit regelmäßigem Vorlesen können Eltern ihren Kindern das Lesen lernen deutlich erleichtern. Nach der „Vorlesestudie 2018“ der Stiftung Lesen fällt etwa vier von fünf Kindern (78 Prozent), denen mehrmals die Woche oder auch täglich vorgelesen wurde, das Lesen lernen später in der Grundschule leicht. Von den Mädchen und Jungen, die

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - AKTUELLES

diese Erfahrung selten oder nie gemacht haben, lernen nur 50 Prozent das Lesen lernen ohne Probleme.

„Lesen lernen ist kein Kinderspiel. Vorlesen schafft die besten Voraussetzungen, damit Kinder dieser Aufgabe in der Grundschule gewachsen sind“, sagte Antje Neubauer, Leiterin des Fachkuratoriums Bildung der Deutsche Bahn Stiftung. Laut der Studie findet es fast jedes dritte Kind (30 Prozent) nicht leicht, lesen zu lernen. Bereits 15 Minuten Vorlesen täglich genügen demnach. Die Studie wurde am 29. Oktober in Berlin vorgestellt.

Ohne Vorlesen – Kinder sind genervt und ungeduldig

Nach der Untersuchung sind Kinder, denen nie vorgelesen wurde, auch sehr ungeduldig, genervt und empfinden das Lesen lernen als sehr anstrengend. Gut jedes zweite Kind (53 Prozent) ohne Vorleseerfahrung sagt von sich, es sei genervt, weil es dachte, Lesen lernen gehe schneller. Von den Kindern, die täglich Märchen und Geschichten gehört haben oder hören, sagten das nur 27 Prozent.

Neben den Eltern können laut den Studienautoren auch Grundschulen mit Angeboten außerhalb des Unterrichts die Lesebegeisterung und -kompetenz fördern. „Kinder sollten an jeder Schule auch Leseangebote für ihre Freizeit finden. Damit tragen Schulen zur Chancengleichheit bei“, heißt es in der Studie. Laut der Befragung gibt es hier aber noch Defizite. Fast jeder vierte Grundschüler (23 Prozent) kennt demnach keine Büchereien, Lesecken oder ähnliche Angebote an seiner Schule.

Anja Sokolow (Berlin)

Internet:

- Vorlesestudie <http://dpaq.de/nT8l3>

Was tun gegen Hass im Netz?

Bremen (dpa) – Beschimpfungen, Beleidigungen, hasserfüllte Nachrichten – dass im Internet ein rauer Umgangston herrscht, hat der zwölfjährige Caillou Meier schon am eigenen Leib erfahren. Seit zwei Jahren postet der Bremer Videos auf YouTube und hat dafür auch schon gemeine Kommentare erhalten. „Ich ignoriere die, oder ich blockiere die“, sagt der Schüler. In einem Workshop will er jetzt lernen, wie er sich gegen den Hass im Netz wehren kann.

Caillou Meier ist einer von etwa 10 000 Schülern an mehr als 60 Schulen bundesweit, die die Initiative #NichtEgal für einen respektvollen Umgang im Internet gewinnen will. Den Anfang machte am 29. Oktober die Bremer Oberschule im Park. Medienpädagogen hatten dort zuvor mehrere Neunt-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - AKTUELLES

klässler als Mentoren ausgebildet. Sie sollen jüngeren Schülern zeigen, wie sie sich in Netzdebatten einmischen und Widerstand gegen hasserfüllte Inhalte leisten können.

„Es gibt viele Leute, die YouTuber beleidigen. Ich finde das schrecklich“, sagt die 15-jährige Silda Brimo. Gemeinsam mit einer anderen Mentorin leitet sie an diesem Tag den Workshop in einer 7. Klasse. Eigentlich wirkt ihre Strategie für eine bessere Stimmung im Netz ganz einfach: „Man kann auch mal schöne Kommentare schreiben, Beiträge loben und sich für diese bedanken“, sagt sie.

Hassmail schreibt sich schneller als positive Botschaft

Aber gerade das ist gar nicht so leicht. „Es ist nicht einfach, etwas Positives zu formulieren, das nicht gleich klischeehaft oder plakativ klingt“, sagt der Medienpädagoge Sebastian Reuser. „Eine Hassbotschaft ist viel schneller formuliert.“ So kommt es, dass einige wenige im Internet lautstark Hassparolen verbreiten und die Mehrheit, die das nicht gut findet, schweigt.

„Wer am lautesten schreit, den hört man auch. Die anderen halten sich zurück“, berichtet Yvonne Pferrer aus ihrer Erfahrung. Die 24-Jährige ist seit sechs Jahren in sozialen Netzwerken aktiv. Dass die respektlose Debattenkultur im Internet ein Problem ist, haben auch die sozialen Netzwerke erkannt. So löschen diese inzwischen unter anderem Falschinformationen, Manipulationen und diskriminierende Äußerungen. Seit Anfang des Jahres sind diese dazu in Deutschland auch gesetzlich verpflichtet.

So meldeten Nutzer im ersten Halbjahr 2018 nach Angaben der Google-Tochter YouTube etwa 76 000 Videos mit hasserfülltem oder extremistischem Inhalt. Fast 25 000 davon entfernte die Video-Plattform nach der Überprüfung. Doch das Löschen allein reicht nicht aus, sagt YouTube-Sprecher Henning Dorstewitz. „Wir wollen die Kompetenz von Jugendlichen im Netz stärken.“

In den Workshops sollen die Schüler mit dem Handy kurze Videoclips aufnehmen, die zu mehr Respekt und Toleranz im Internet aufrufen. Ob sie diese online stellen, bleibt ihnen selbst überlassen. „Die Jugendlichen sollen mit guten Beispiel voran gehen“, sagt der Medienexperte Daniel Hildebrandt, der die Workshops mitkonzipiert hat. „Das Ziel ist, das Netz nicht dem Hass zu überlassen.“

Irena Güttel (Bremen)

Internet:

- Infos zur Initiative <http://dpaq.de/3FjYd>
- Infos von YouTube zu gelöschten Inhalten <http://dpaq.de/5Km7>

KULTURPOLITIK

Virtuelle Welten: Museum neu erleben

Berlin (dpa) – Über den Mond spazieren, selbst den Waldboden erkunden oder die verborgenen Schichten eines Gemäldes entdecken – neue digitale Techniken sollen künftig den Museumsbesuch spannender, informativer und vergnüglicher machen. Sieben Museen aus ganz Deutschland erforschen derzeit in einem dreijährigen Modellprojekt, wie das funktionieren könnte. Am 31. Oktober stellten sie in Berlin erste Beispiele vor.

„Die beteiligten Institutionen stehen für die Vielfalt der deutschen Museumslandschaft und entwickeln gemeinsam neue digitale Produkte, um das Publikum von morgen besser erreichen zu können“, sagte Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU), aus deren Etat insgesamt 15 Millionen Euro für die Arbeit zur Verfügung stehen.

Die Federführung hat die Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin übernommen. Die Ergebnisse sollen nach Angaben von Stiftungspräsident Hermann Parzinger am Schluss allen Museen in Deutschland und darüber hinaus frei zur Verfügung gestellt werden – zur Nutzung oder Weiterentwicklung. Und das sind die ersten Beispiele:

Museales Wissen neu und anders vermitteln

* Das Deutsche Museum in München hat ein digitalisiertes Mondauto entwickelt, das der Besucher selbst über eine virtuelle Mondlandschaft steuern kann. Wie Projektleiter Georg Hohmann erläuterte, wurde der Lunar Rover „bis auf die letzte Schraube genau“ mit 3D-Scans einem Nasa-Modell nachgebaut, die Mondoberfläche über einen Quadratkilometer hin originalgetreu nachgebildet.

„Mit der Entwicklung von Virtual Reality Anwendungen haben wir die Möglichkeit, Grenzen zu sprengen und museales Wissen neu und anders zu vermitteln“, sagte er. Staatsministerin Grütters musste sich an die High-Tech-Brille mit Fernsteuerung allerdings erst gewöhnen: „Man wirkt ein bisschen wie torkelnd.“

* Ebenfalls mit virtuellen Erlebniswelten arbeiten das Senckenberg Museum für Naturkunde in Görlitz und die Museen der schwäbisch-alemannischen Fastnacht in Baden-Württemberg. Während die einen den Waldboden mit seinen rund 250 heimischen Bodentieren und Asseln erkundbar machen, kann bei den anderen das Unesco-Kulturerbe der Fastnacht ganzjährig mit- und nacherlebt werden.

* Das Deutsche Auswandererhaus Bremerhaven untersucht historische und emotionale Aspekte von Migration. In dem Ausstellungsexperiment

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - KULTURPOLITIK

„Kriegsgefangen. Ohnmacht. Sehnsucht 1914-1921“ werden die Besucher einmal mit originalen biografischen Objekten informiert, das andere Mal mit virtuellen Geschichten. So wollen die Macher herausfinden, wie sich Emotionen am besten vermitteln lassen.

* Auch die Berliner Kultureinrichtungen interessieren sich besonders für die Reaktionen des Publikums. Die Staatlichen Museen entwickeln sogenannte „Visitor Journeys“ (Besucherreisen), die die Interessen unterschiedlicher Nutzer vor, während und nach dem Museumsbesuch aufnehmen. Im Humboldt Forum, dem künftigen Kulturzentrum im Berliner Schloss, sollen sich die Besucher durch ein digitales Spiel ihre Lieblingsobjekte erschließen.

Wichtig ist den Machern laut Parzinger vor allem, ihre Erkenntnisse auszutauschen und voneinander zu lernen. „Ein konsequenter Gemeinschaftsgedanke ist wichtig, wenn Kultureinrichtungen in der digitalen Transformation bestehen wollen“, sagt der Stiftungspräsident.

Nada Weigelt (Berlin)

Internet:

- Projekthinweis <http://dpaq.de/KXeRP>
- Pressemitteilung <http://dpaq.de/KLxQc>
- Pressebilder <http://dpaq.de/2Ef8r>

Hamburger wird neuer Preußen-Stiftungs-Chef

Berlin/Hamburg (dpa) – Der Direktor der Hamburger Kunsthalle, Christoph Martin Vogtherr, wird neuer Generaldirektor der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg. In nichtöffentlicher Sitzung habe der Stiftungsrat über die Personalie entschieden, teilte das Brandenburger Kunstministerium am 1. November mit. Das Amt ist vakant, nachdem der langjährige Generaldirektor Hartmut Dorgerloh im Sommer zum Generalintendanten des Humboldt Forums Berlin berufen wurde. Fast 30 Interessenten hatten sich um die Nachfolge beworben. Der 53-jährige Vogtherr wird wahrscheinlich zum 1. Januar 2019 die Arbeit aufnehmen.

„Angesichts der Biografie von Christoph Martin Vogtherr ist das persönlich plausibel. Wir bedauern die Entscheidung, gratulieren Herrn Vogtherr aber dazu, für diese durchaus besondere Position im deutschen Kulturleben ausgewählt worden zu sein“, sagte der Sprecher der Hamburger Kulturbehörde, Enno Isermann, in Hamburg. Gemeinsam mit dem Stiftungsrat und Herrn Vogtherr werde die Kulturbehörde nun die weiteren Schritte besprechen. Die Kunsthalle wollte keine Stellungnahme abgeben.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - KULTURPOLITIK

Der 53-jährige Kunsthistoriker Vogtherr ist seit zwei Jahren Direktor der Hamburger Kunsthalle. Er hatte im Oktober 2016 Hubertus Gaßner abgelöst, der in den Ruhestand ging. Seit 2011 war er Direktor der Wallace Collection in London. Vogtherr hat Kunstgeschichte und Klassische Archäologie in Berlin, Heidelberg und Cambridge studiert. Für Vogtherr ist der neue Job quasi eine Rückkehr an die einstige Wirkungsstätte: Von 1998 bis 2007 war er hier bereits Gemäldekustos bei der Schlösserstiftung.

In Hamburg lockte Vogtherr weniger Besucher als erhofft

In Hamburg hatte Vogtherr angekündigt, die Sammlung der Kunsthalle stärker in den Vordergrund zu rücken. „Ich wünsche mir, dass wir die einzelnen Teile der Sammlung stärker in einen direkten Dialog versetzen“, sagte Vogtherr Anfang 2017. Außerdem wollte er verstärkt neue Bevölkerungsschichten ins Museum locken. Im Mai 2017 hatte er für die Ausstellung „Open Access“ 15 Menschen, die ursprünglich nicht aus Hamburg stammen, eingeladen, ihren Blick auf die Sammlung zu präsentieren.

Im Frühjahr 2018 zeigte Vogtherr die erste große von ihm kuratierte Ausstellung des englischen Künstlers Thomas Gainsborough (1727-1788). Im ersten Jahr nach ihrer umfassenden Modernisierung 2016 hatte die Kunsthalle rund eine Million Euro Verlust gemacht. Statt der erwarteten 400 000 Besucher waren 2017 nur 340 000 Besucher gekommen. Daraufhin wurden die Eintrittspreise auf 14 Euro erhöht.

Gudrun Janicke (Potsdam) und Carola Große-Wilde (Hamburg)

Internet:

- Hamburger Kunsthalle <http://dpaq.de/nZENU>

Thalia Theater Hamburg wird 175 Jahre alt

Hamburg (dpa) – Als Chérie Maurice, der Sohn eines Schnapsbrenners, 1843 das Thalia Theater in Hamburg eröffnete, wurde ihm dies unter einer Bedingung erlaubt: Er durfte nur Komödien spielen. Ernste, dramatische Stücke waren dem Stadt-Theater an der Dammtorstraße vorbehalten, das sich neben Opern auch dem Schauspiel widmete. Deshalb benannte er sein Haus nach der griechischen Muse der komischen Dichtung: Thalia.

Seinen Ruf als Unterhaltungstheater hat das Thalia Theater seit langem abgestreift und ist heute gemeinsam mit dem Deutschen Schauspielhaus die wichtigste Sprechbühne Hamburgs. Mit einer Jubiläumsfestwoche feiert das renommierte Theater, an dem früher auch Stars wie Inge Meysel,

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - KULTURPOLITIK

Heinz Rühmann und Hardy Krüger spielten, vom 2. bis zum 11. November seinen 175. Geburtstag.

„Theater muss das eigene kulturelle Erbe schützen, bewahren und aus dem Geist der eigenen Gegenwart befragen“, sagt Intendant Joachim Lux (60) der dpa. Dies sei wichtig, weil der Verlust des kulturellen Gedächtnisses zur Geschichtslosigkeit führe.

Gleichzeitig, so Lux, dürfe es sich nicht aus der Gegenwart davonestehlen, sondern müsse sich zu ihr bekennen. „Beides zusammen schützt gegen den Geist politischer Einfalt, der nicht nur in Deutschland, sondern leider in der gesamten westlichen Welt in Mode ist“, sagt Lux. Er leitet das Theater seit 2009. „Wir müssen uns zu Europa bekennen, nicht nur als Wirtschaftsraum, sondern zu seinen Idealen. Denn es gibt sie ja: Es sind die Ideale der Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“

Am Thalia waren sie alle – von Neuenfels bis Gobert

Zum Jubiläum wurde das Theater in der Sommerpause umfangreich saniert und die Foyers nach den Plänen des Architekten Georg Kallmorgen wiederhergestellt. Wegen des Erfolgs war 1912 ein größeres Theater am Gerhart-Hauptmann-Platz erbaut worden. Im Zweiten Weltkrieg wurde das Haus zerstört und erst 1960 wiedereröffnet.

„Das Regietheater hat am Thalia viele Siege gefeiert: Hier haben der böse Peter Zadek und der schlimme Hans Neuenfels und der junge Jürgen Flimm inszeniert – die waren ja damals keineswegs Klassiker“, reflektiert Lux die wechselvolle Geschichte seines Hauses.

Geholt hatte die „Jungen Wilden“ Boy Gobert, der das Theater von 1969 bis 1980 leitete. Unter Intendant Ulrich Khuon (2000-2009) wurde das Thalia gleich zweimal zum „Theater des Jahres“ gekürt.

In der Festwoche zeigt das Thalia eine Auswahl preisgekrönter und beliebter Produktionen aus dem Repertoire, darunter „Faust I“ (Regie: Nicolas Stemann), „Panikherz“ von Benjamin von Stuckrad-Barre, „Das achte Leben (Für Brilka)“ von Nino Haratischwili und „Don Giovanni. Letzte Party“ (Regie: Antú Romero Nunes).

Seit 2012 verbindet das Theater eine Freundschaft mit dem Schriftsteller Navid Kermani. In bislang zehn „Herzzentren“ hat sich nahezu das gesamte Ensemble mit Kermanis Texten an ungewöhnliche Orte begeben, darunter eine Moschee, eine Flüchtlingsunterkunft und ein Laufhaus auf der Reeperbahn. Am 9. November wird zum ersten Mal ein „Herzzentrum“ im gesamten Haus angeboten – auch hinter der Bühne.

„Für die Zukunft muss dieses Theater deutlich mehr als bisher auch die zunehmende Internationalität unserer Stadtgesellschaften widerspiegeln“,

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - KULTURPOLITIK

sagt Lux. Nach innen, nach außen, auf der Bühne und im Parkett. „Ich habe damit zwar begonnen und werde das auch fortsetzen, erledigt aber ist das nicht einmal ansatzweise. Es ist eine Aufgabe für mehrere Generationen.“

Carola Große-Wilde (Hamburg)

Internet:

- Thalia Theater <http://dpaq.de/D47wk>

Merkel: Kulturpolitik des Bundes wichtig

Berlin (dpa) – Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat die Schaffung des Amtes eines Kulturstaatsministers des Bundes vor 20 Jahren gewürdigt. Mit dem Amt – BKM abgekürzt- hätten Länder und Kommunen eine wichtige Ergänzung für ihre Kulturarbeit durch den Bund bekommen, sagte Merkel am 29. Oktober bei der Geburtstagsfeier des BKM im Humboldt Forum im wiederaufgebauten Berliner Schloss.

Bei der Aufarbeitung des kolonialen Erbes, der Provenienzforschung von NS-Raubkunst oder der Filmförderung spiele das BKM eine wichtige Rolle, sagte Merkel.

Nach Ansicht von Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) ist „nationale Kultur oder Bundeskultur mehr als die Summe der Kulturen der einzelnen Bundesländer“. Staatliche Kulturförderung und das Bekenntnis zu freien, unabhängigen Medien gehörten zu den Fundamenten der Demokratie.

Das BKM ist unter anderem für Einrichtungen wie die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Klassikstiftung Weimar, das Literaturarchiv in Marbach oder die Bundeskulturstiftung zuständig.

Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hatte 1998 das Amt des Kulturstaatsministers geschaffen. Mit rund 300 Mitarbeitern hat das Amt heute einen Etat von 1,8 Milliarden Euro.

Künstler rufen „Europäische Republik“ aus

Wien/Berlin (dpa) – Viele Künstler wollen am 10. November um 16.00 Uhr europaweit von mindestens 100 Theaterbalkonen oder auf öffentlichen Plätzen symbolisch die „Europäische Republik“ ausrufen. In einem Manifest werde ein Europa ohne Nationen und ohne Grenzen gefordert und damit ein Zeichen gegen das Wiedererstarken der Nationalismen gesetzt, beton-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - KULTURPOLITIK

ten die Organisatoren. Zu ihnen gehört auch der österreichische Schriftsteller Robert Menasse.

Ziel des „European Balcony Projects“ als künstlerisch-politische Performance sei eine möglichst breitenwirksame Debatte über die Zukunft Europas noch vor den EU-Wahlen im Mai 2019, hieß es am 30. Oktober in Wien.

Anlass ist der 100. Jahrestag des Endes des Ersten Weltkriegs sowie die nahezu zeitgleiche Ausrufung von Republiken in verschiedenen europäischen Staaten. In Deutschland wird laut Organisatoren das Rote Rathaus in Berlin Schauplatz der Ausrufung sein. Weitere Aktionen sind auch in Hamburg, Düsseldorf und Köln geplant.

In dem Manifest wird der „Verrat“ an der europäischen Idee angeprangert, die vor allem durch den Binnenmarkt und eine gemeinsame Währung begründet sei. „Der Binnenmarkt und der Euro konnten ohne politisches Dach zur leichten Beute einer neoliberalen Agenda werden, die der Idee der sozialen Gerechtigkeit widerspricht“, so das Manifest. „Wir haben keine Rechtsgleichheit für Bürger“, sagte die deutsche Politologin und Publizistin Ulrike Guérot.

An die Stelle der Souveränität der Staaten soll laut Manifest die Souveränität der Bürger treten. Es gehe um den Grundsatz der allgemeinen politischen Gleichheit jenseits von Nationalität und Herkunft.

Menasse, der zusammen mit Guérot das Manifest verfasst hat, ist überzeugter Europäer und hat 2017 für seinen Europa-Roman „Die Hauptstadt“ den Deutschen Buchpreis erhalten.

Matthias Röder (Wien)

Internet:

- Projekt <http://dpaq.de/mJV8L>

Deutscher Buchhandlungspreis geht nach Chemnitz, Köln und Berlin

Kassel (dpa) – Drei Buchhandlungen in Chemnitz, Köln und Berlin sind als beste Buchhandlungen Deutschlands ausgezeichnet worden. Sie erhielten am 31. Oktober den Deutschen Buchhandlungspreis und damit je 25 000 Euro. „Mit ihrer großartigen Arbeit und ihrer Begeisterung für die Welt der Bücher sorgen die Buchhändlerinnen und Buchhändler dafür, dass es auch abseits der Bestsellerlisten Aufmerksamkeit gibt für außergewöhnliche Geschichten, für ungehörte und unerhörte Stimmen, für neue Perspektiven“,

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - KULTURPOLITIK

sagte Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) laut Redetext bei der Vergabe in Kassel. Als beste Buchhandlung ausgezeichnet wurden „Lesing und Kompanie“ aus Chemnitz, „Klaus Bittner“ aus Köln sowie „Krumulus“ aus Berlin.

Mit dem Preis werden kleinere, inhabergeführte Buchhandlungen geehrt, die ein anspruchsvolles Sortiment, kulturelles Veranstaltungsprogramm oder innovative Geschäftsmodelle verfolgen beziehungsweise sich in der Lese- und Literaturförderung für Kinder und Jugendliche engagieren. Der Preis wird seit 2015 in verschiedenen Kategorien verliehen. „Wir wenden uns damit auch gegen die Degradierung des Kulturguts Buch zur bloßen Handelsware und zum Konsumgut“, erklärte die Ministerin.

Die Jury unter Vorsitz der Literaturkritikerin Sandra Kegel (FAZ) hatte aus 434 eingereichten Bewerbungen 118 Buchhandlungen für die diesjährige Preisverleihung nominiert. Die verliehenen Gütesiegel sind mit insgesamt 850 000 Euro dotiert. Partner des von der Kulturstaatsministerin vergebenen Preises sind die Kurt-Wolff-Stiftung (Leipzig) und der Börsenverein des Deutschen Buchhandels.

Die fünf Buchhandlungen – Proust Wörter & Töne, Essen – Kafka & Co., Detmold – Botnanger Buchladen, Stuttgart-Botnang – cohen+dobernigg Buchhandel, Hamburg – Dombrowsky, Regensburg – erhielten Gütesiegel verbunden mit einer Prämie in Höhe von jeweils 15 000 Euro als „besonders herausragende Buchhandlungen“.

Internet:

- Homepage des Deutschen Buchhandlungspreises <http://dpaq.de/3Ezf6>

Auktion für Exilmuseum – 6,3 Millionen Euro

Berlin (dpa) – Bei einer Kunstauktion für die Gründung eines Exilmuseums in Berlin sind 6,3 Millionen Euro erzielt worden. Eine Sprecherin zeigte sich am 26. Oktober nach dem Ende der Aktion in der Villa Grisebach „hochzufrieden“. Mehr als 5000 Menschen besuchten demnach die Versteigerungen. Bei drei Auktionen waren hochkarätige Werke aus der Privatsammlung von Kunsthändler Bernd Schultz unter den Hammer kommen. Darunter waren große Namen wie Pablo Picasso, Oskar Kokoschka und Käthe Kollwitz.

Das ikonische Blatt „Abschied“ von Kollwitz aus dem Jahr 1910 erzielte laut Veranstalter mit 437 000 Euro den höchsten Zuschlag in den Auktionen mit Werken der Moderne und Zeitgenössischen Kunst. Für das bedeutende Selbstbildnis von Kokoschka sei mit 362 500 Euro der zweithöchsten Preis erreicht worden.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - KULTURPOLITIK

Der gesamte Erlös fließt dem geplanten Museum zu. Das Haus soll an die rund 500 000 Menschen erinnern, die unter dem Druck der Nazis Deutschland verlassen mussten. Viele kehrten auch nach dem Krieg nicht mehr in die Heimat zurück. Schirmherrin des Projekts ist die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller.

„Ich bin sehr glücklich, dass die meisten der Arbeiten auf Papier, die ich Jahrzehnte gehegt, gepflegt und geliebt habe, nun in andere wertschätzende Hände übergegangen sind“, teilte Schultz, Gründer der Villa Grisebach, mit.

Internet:

- Details zur Sammlung Bernd Schultz <http://dpaq.de/X840Q>
- Auktionskataloge <http://dpaq.de/CJo2i>
- Homepage Stiftung Exilmuseum <http://dpaq.de/eedPR>

Syrisches Nationalmuseum eröffnet nach sieben Jahren wieder

Damaskus (dpa) – Sieben Jahre nach seiner Schließung hat das syrische Nationalmuseum in Damaskus am 28. Oktober wieder seine Türen für die Öffentlichkeit geöffnet. „Einige archäologische Stätten sind durch Terroristen zum Teil schwer zerstört worden“, sagte Syriens Kulturminister Mohammad al-Ahmad der Deutschen Presse-Agentur. Die Eröffnung sei auch ein Zeichen, dass die Sicherheit in der syrischen Hauptstadt wieder hergestellt sei.

Das Museum war kurz nach Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges geschlossen worden, aus Angst vor Plünderungen und Zerstörungen. Mehr als 300 000 Artefakte seien an sicheren Orten versteckt worden, sagte der damalige Leiter des Museums, Mamun Abdel Karim, zur Wiedereröffnung. Das Haus gehört zu den bedeutendsten Museen des Orients. Zu den Exponaten zählt eines der ältesten Alphabete der Welt auf einer Tontafel aus dem 14. Jahrhundert vor Christus.

Unter anderem die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) hatte zahlreiche historische Stätten in Syrien zerstört oder geplündert, wie etwa die Oasenstadt Palmyra mit Ruinen aus der römischen Zeit.

Internet:

- Unesco zum Alphabet von Ugarit <http://dpaq.de/pJiv6>

BERUF UND WEITERBILDUNG

Mindestlohn steigt zweimal – Millionen Menschen arm

Berlin/Wiesbaden (dpa) – Der gesetzliche Mindestlohn für Millionen Arbeitnehmer in Deutschland steigt in zwei Schritten um mehr als 50 Cent pro Stunde. Zum 1. Januar 2019 wird die allgemeine Untergrenze von derzeit 8,84 Euro auf 9,19 Euro pro Stunde erhöht, zum 1. Januar 2020 geht es dann weiter auf 9,35 Euro. Das beschloss das Bundeskabinett am 31. Oktober. Unabhängig davon flammte die Debatte über eine kräftigere Erhöhung auf 12 Euro erneut auf. Trotz boomender Wirtschaft in Deutschland leben weiterhin Millionen Menschen an oder unter der Armutsgrenze.

Knapp ein Fünftel der Bevölkerung war im vergangenen Jahr von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, wie das Statistische Bundesamt berichtete.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sagte, die Einführung des Mindestlohns 2015 sei „ein notwendiger und richtiger Schritt“ gewesen. „Und es ist richtig, ihn regelmäßig anzupassen.“ Es gehe aber immer nur um die absolute Lohnuntergrenze. Deshalb sei es nötig, die Bindung an Tarifverträge in der Wirtschaft auszuweiten, damit mehr Menschen die Chance auf deutlich höhere Löhne bekämen.

Die nun per Verordnung festgesetzten Mindestlohn-Anhebungen folgen einem Votum, das die zuständige Kommission aus Arbeitgebern, Gewerkschaften und Wissenschaft im Juni gefasst hatte. Der Sozialverband VdK kritisierte: „Diese paar Cent mehr helfen den Betroffenen nicht weiter.“ Der Mindestlohn sei weiter viel zu gering und schütze nicht vor Armut.

Mindestlohn nicht für Langzeitarbeitslose und Praktikanten

Die Untergrenze gilt für alle volljährigen Arbeitnehmer – außer für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten nach Aufnahme einer Arbeit. Auch für Azubis, bei Pflichtpraktika oder Praktika unter drei Monaten gilt sie nicht. Der Mindestlohn war 2017 zum ersten Mal von 8,50 Euro auf 8,84 Euro erhöht worden. Grundlage dafür ist die Entwicklung der durchschnittlichen Tariflöhne. In mehreren Branchen gibt es Mindestlöhne, die über der allgemeinen Untergrenze liegen.

Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) bekräftigte seine Forderung nach einem deutlich höheren gesetzlichen Mindestlohn. Er finde, dass 12 Euro „angemessen sind“, schrieb der Bundesfinanzminister in einem Beitrag für „bild.de“. In der großen Koalition ist ein Sprung auf 12 Euro aber kaum umsetzbar.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hält das bestehende Verfahren für richtig, dass eine unabhängige Kommission die Höhe festsetzt, wie Regierungssprecher Steffen Seibert deutlich machte. Der Präsident des ifo-Instituts, Clemens Fuest, warnte vor einem „Überbietungswettbewerb mit Mindestlohnversprechen“ im nächsten Wahlkampf. Das wäre für die Beschäftigungsentwicklung gefährlich, sagte der Wirtschaftsforscher der „Passauer Neuen Presse“.

19 Prozent der Deutschen von Armut oder Ausgrenzung bedroht

Wie das Statistische Bundesamt berichtete, waren 2017 in Deutschland 15,5 Millionen Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 19 Prozent – ein leichter Rückgang im Vergleich zu 2016. Damals waren hierzulande 16 Millionen Menschen oder 19,7 Prozent betroffen. In der Gesamt-EU lag der Anteil dieser Gruppe 2017 bei 22,5 Prozent. Die Behörde beruft sich dabei auf Daten der Erhebung „Leben in Europa“ (EU-SILC). Dafür werden in Deutschland jährlich rund 14 000 Haushalte schriftlich befragt.

Laut Definition für die Erhebung gilt jemand als armutsgefährdet, wenn er über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung verfügt. 2017 lag dieser Wert für eine alleinlebende Person in Deutschland bei 1096 Euro im Monat, für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2302 Euro. Die Definition für eine Bedrohung durch soziale Ausgrenzung ist etwas weiter gefasst: Sie meint auch, dass in einem Haushalt das Geld nicht reicht für Miete, Fernsehgerät, Heizung oder einen einwöchigen Urlaub.

Die Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland, Verena Bentele, sprach von weiterhin erschreckend hohen Zahlen. „Es ist skandalös, dass trotz des Wirtschaftsbooms in Deutschland 15,5 Millionen Menschen von Armut oder Ausgrenzung bedroht sind.“ Sie forderte ein Gesamtkonzept zur Armutsbekämpfung. „Dazu gehören faire Bildungschancen genauso wie eine neu ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik.“

Sascha Meyer (Berlin) und Jan Brinkhus (Frankfurt)

Internet:

- Mitteilung Statistisches Bundesamt <http://dpaq.de/DRrYx>
- Gastbeitrag Scholz auf „bild.de“ <http://dpaq.de/5x5PO>

Wieder mehr Lehrstellen als Bewerber

Nürnberg (dpa) – Zum ersten Mal seit 1994 überstieg im vergangenen Ausbildungsjahr die Zahl der Lehrstellen die der Bewerber. Dadurch blieben erneut viele Ausbildungsstellen unbesetzt, wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) am 30. Oktober in ihrer Lehrstellenbilanz für 2017/2018 feststellte. Auch die Zahl derer, die trotz des Angebots keine Lehrstelle fänden, habe sich leicht erhöht.

Von Oktober 2017 bis September 2018 wurden mit insgesamt 565 300 Stellen 20 400 Ausbildungsangebote mehr gemeldet als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig nahmen 535 600 Bewerber die Ausbildungsvermittlung in Anspruch – 12 200 weniger als im Vorjahr.

Grund dafür seien rückläufige Schulabgängerzahlen. Die Zuwanderung von jungen Flüchtlingen wirke dem Trend aber etwas entgegen: Es gab 38 300 Bewerber, die nach Deutschland geflüchtet waren und eine Ausbildung suchten – 11 900 mehr als noch im Vorjahr.

Nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, des Handwerkskammertages sowie der Kammern der Freien Berufe wurden in diesem Jahr bis Ende September rund 489 000 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen – etwa 8500 mehr als noch 2017.

In Hotels und Gaststätten fehlen viele Azubis

Noch unbesetzt waren zum 30. September 57 700 Lehrstellen, was einem Plus von 8700 gegenüber dem Vorjahr entspricht. Vor allem in Handwerks-, Hotel- und Gaststättenberufen fehlten teils noch Azubis. 24 500 Bewerber waren demnach noch unversorgt – 800 mehr als vor einem Jahr. Besonders drastisch ist der Stellenmangel mit Blick auf die Bewerberzahlen im Tischlerhandwerk, in der Informatik, in der Kfz-Technik, Büro- und Verwaltungsberufen oder in der (Zahn-)Medizinischen Fachassistenz.

„Wenn Bewerber auch Alternativen jenseits ihres Traumberufes in Erwägung ziehen und Betriebe sich hinsichtlich nicht ganz so guter Kandidaten offen zeigen, bin ich optimistisch, dass in der Nachvermittlungszeit noch Ausbildungsverhältnisse zustande kommen“, so BA-Chef Detlef Scheele.

Regional betrachtet waren in Süddeutschland, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern sowie im Saarland und in Hamburg deutlich mehr Lehrstellen als Bewerber gemeldet. Im Gegensatz dazu fehlten Ausbildungsstellen in Berlin, Nordrhein-Westfalen und Hessen.

Aleksandra Bakmaz und Catherine Simon (Nürnberg)

Internet:

- Ausbildungsmarktbilanz 2017/2018 <http://dpaq.de/96a8d>

NRW-Ausbildungsreport: Viele Azubis gestresst und unterbezahlt

Düsseldorf (dpa) – Überstunden und ständige Erreichbarkeit sind für viele Auszubildende Alltag. Das geht aus dem nordrhein-westfälischen Ausbildungsreport 2018 hervor, den der Deutsche Gewerkschaftsbund am 30. Oktober in Düsseldorf vorgestellt hat. Die wichtigsten Ergebnisse:

ÜBERSTUNDEN: Mehr als ein Drittel der über 5000 Befragten aus den 25 häufigsten Berufen gaben an, regelmäßig Überstunden machen zu müssen. Von ihnen bekommen demnach 15 Prozent weder einen finanziellen noch einen zeitlichen Ausgleich, obwohl das gesetzlich vorgeschrieben ist. Derzeit kämen die Kammern ihrem gesetzlichen Kontrollauftrag nicht nach, kritisierte der DGB.

ZUHAUSE IM DIENST: Von jedem fünften Azubi wird laut Umfrage erwartet, auch außerhalb der Arbeitszeiten erreichbar zu sein. Nur 3,8 Prozent könnten dafür auch mit einem Ausgleich rechnen. In Berufen, die in der Gesamtbewertung der Azubis am schlechtesten abschneiden, ist die Zumutung am größten: So klagte fast die Hälfte der angehenden Hotelfachleute, dass von ihnen ständige Erreichbarkeit erwartet werde.

STRESS: Fast 30 Prozent der Azubis haben Probleme, sich in der Freizeit zu erholen. Dabei könne ein stressiges Arbeitsleben weder im Interesse der Beschäftigten noch der Arbeitgeber sein, mahnte der Jugendsekretär des DGB NRW, Eric Schley.

ZUFRIEDENHEIT: Auch im elften Jahr des DGB-Ausbildungsreports äußerte sich der Großteil der Befragten – 68,7 Prozent – insgesamt zufrieden über die Qualität der Ausbildung; im Vorjahr waren es allerdings noch über 71 Prozent.

TOP: Erstmals schafften es die Mechatroniker auf Platz 1 der am besten bewerteten Ausbildungsberufe. Angehende Verwaltungsfachangestellte, die erstmals für den Report befragt wurden, kamen auf Anhieb in die Spitzengruppe. Dort halten sich auch – wie schon im Vorjahr – Bankkaufleute, Industrie- und Zerspanungsmechaniker, Fachinformatiker und Elektroniker.

FLOP: Am schlechtesten bewertet wurde die Ausbildung der Verkäufer (vor allem im Lebensmittelhandwerk), Friseure, Hotelfachleute, zahnmedizinischer Angestellter, Anlagenmechaniker, Maler und Lackierer.

AUFFÄLLIG: „Es sind weitestgehend dieselben Berufe, die von den Azubis als besonders problematisch bewertet werden“, bilanzierte DGB-Landeschefin Anja Weber die jährlichen Berichte. Konsequenz seien erhöhte Abbrecherzahlen. „Der Fachkräftemangel ist hier hausgemacht.“

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

LEHRSTELLENMARKT: Laut Arbeitsagentur bleiben in NRW immer mehr Ausbildungsplätze unbesetzt. „Am Ausbildungsmarkt in NRW zeichnet sich ein Umbruch ab. Für Unternehmen wird es immer schwieriger, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen“, kommentierte die Chefin der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit, Christiane Schönefeld, die Ausbildungsmarkt-Bilanz 2017/2018. Insgesamt zählte die Arbeitsagentur knapp 9600 unbesetzte Ausbildungsplätze – so viele wie noch nie in den vergangenen zehn Jahren. Gleichzeitig blieben aber mehr als 7100 Bewerber ohne Lehrstelle. Noch sei der Ausbildungsmarkt in NRW weiterhin angespannt: Rund 134 000 Bewerbern standen nur knapp 116 000 Lehrstellen gegenüber.

VERGÜTUNG: Der DGB fordert die große Koalition auf, ihr Versprechen einzulösen, bis 2020 eine Mindestausbildungsvergütung einzuführen. Der DGB möchte ein quer über alle Branchen errechnetes Mindestniveau von 80 Prozent der durchschnittlichen Ausbildungsvergütung. Im ersten Lehrjahr wären das nach DGB-Angaben 635 Euro. Laut Tarifregister 2018 weisen die Ausbildungsvergütungen derzeit extreme Spannen auf: etwa zwischen 437 Euro im ersten Lehrjahr einer Friseurin (3. Jahr: 675 Euro) und 785 Euro auf dem Bau (3. Jahr: 1410 Euro).

FAKTOR MENSCH: Für Ali Simsir, Betriebsrat beim Mischkonzern Evonik in Marl, ist vor allem wichtig, Auszubildende nicht zu früh abzuschreiben und auch Hauptschülern eine Chance zu geben. „Wir brauchen auch Leute, die da bleiben und nicht studieren und weiterziehen. Wir brauchen auch Indianer“, unterstreicht der 44-Jährige. Viele würden zu schnell als nicht ausbildungsfähig abgestempelt. „Das ist Humbug. Heute braucht man mehr Pädagogik statt „Eisen-erzieht-Mentalität“, wie das früher war. Aber die sind cool.“

Bettina Grönewald (Düsseldorf)

Internet:

- DGB-Ausbildungsreport 2018 <http://dpaq.de/tvePY>
- Pressemitteilung der Arbeitsagentur <http://dpaq.de/8Q8W6>
- Tarifregister 2018 <http://dpaq.de/tvePY>

EU-Kommission ermuntert zur Weiterbildung

Brüssel/Berlin (dpa) – Berufliche Aus- und Weiterbildung gilt als Voraussetzung und Sprungbrett für einen gut bezahlten Job. Die Europäische Kommission veranstaltet deshalb bereits zum dritten Mal vom 5. November an die „Europäische Woche der Berufsbildung“, teilte sie am 31. Oktober in

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

Brüssel mit. Junge Leute können sich überall in Europa auf mehr als 1000 Veranstaltungen bis Dezember über Möglichkeiten und Chancen der beruflichen Aus- und Weiterbildung informieren. 75 Prozent der Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Aus- und Weiterbildung fänden kurz nach ihrem Abschluss einen Arbeitsplatz, hieß es.

In diesem Jahr unter österreichischen Ratsvorsitz steht die Woche unter dem Motto „Entdecke dein Talent“. In Deutschland könnten sich Jugendliche zum Beispiel am 5. November in München einen Überblick über die Ausbildung bei BMW verschaffen, in Berlin informieren sich am 5. November Elke Bündenbender, die Schirmherrin der diesjährigen Europäischen Berufsbildungswoche in Deutschland, und Forschungsministerin Anja Karliczek über die Ausbildungsmöglichkeiten bei Siemens.

Mit der Veranstaltungswoche soll deutlich gemacht werden, dass es sowohl für junge Menschen als auch für Erwachsene sinnvoll ist, sich für eine berufliche Aus- und Weiterbildung zu entscheiden. Mehr Menschen sollen dazu ermutigt werden, sich gerade auch im digitalen und internationalen Kontext weiterzubilden.

Eckdaten zur Berufsbildung in Europa (Quelle: Eurostat)

In Europa nehmen 49 Prozent der Schüler der Sekundarstufe II an einer beruflichen Ausbildung der Sekundarstufe II teil (2016)

Die Beschäftigungsquote bei frischen Berufsbildungsabgängern in Europa liegt bei 74,8 Prozent (2017)

Der Anteil gering qualifizierter Erwachsener in Europa geht dank der Unterstützung durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) beständig zurück, ist aber mit 22,5 Prozent (2017) nach wie vor zu hoch

10,9 Prozent der europäischen Bevölkerung nehmen an Bildungsmaßnahmen für Erwachsene teil (2017)

Kirsten Baukhage (Berlin)

- Internet:

Europäische Woche der Berufsbildung <http://dpag.de/HQafp>

FORSCHUNGSPOLITIK

Europäische Forscher bauen Quantencomputer

Saarbrücken/Wien (dpa) – Es ist ein Wettlauf um den schnellsten Computer der Zukunft. Um einen Computer, der die Informationstechnik revolutioniert – und der in Nullkommanix Probleme lösen kann, die heutige Rechner an ihre Grenze bringen: den Quantencomputer. Jetzt wollen europäische Forscher im globalen Rennen um die Super-Hochleister die Nase vorn haben. Am 29. Oktober fiel der Startschuss für ein Forschungsprojekt zum Bau eines europäischen Quantencomputers. Zehn Partner aus Wissenschaft und Industrie sollen in den nächsten drei Jahren den „OpenSuperQ“ bauen.

Es werde europaweit der erste Quantencomputer auf diesem Level sein und unter vergleichbaren Systemen weltweit führend, sagt der Koordinator des Projekts, Physik-Professor Frank Wilhelm-Mauch, an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken. Für den Prototypen am Forschungszentrum Jülich (Nordrhein-Westfalen) sei „eine exzellente Auswahl der besten Forscher“ aus Deutschland, Spanien, Schweden, der Schweiz und Finnland ins Boot geholt worden.

Der Quantencomputer gehört zum EU-Flaggschiffprogramm

Das Projekt ist Teil eines eine Milliarde Euro schweren EU-Flaggschiffprogramms zur Erforschung von Quantentechnologien, das am 29. Oktober in Wien vorgestellt wurde. Ziel des „Quantum Flagships“ ist laut EU-Kommission, die europäische Forschung auf dem Gebiet zu stärken und auszubauen. Mehr als 5000 Forscher seien insgesamt daran beteiligt. Für den Quantencomputer, der unter der Koordination von Wilhelm-Mauch entsteht, stehen in den ersten drei Jahren gut zehn Millionen Euro bereit.

„Es ist wichtig, dass wir jetzt die Chance haben, unsere Theorien tatsächlich umsetzen zu können“, sagt Wilhelm-Mauch (47). Die Quantentechnologie stehe heute an der Schwelle zum Durchbruch in den technologischen Alltag. Die Computer der Zukunft seien schneller als normale Computer, weil sie Rechenschritte parallel und nicht nacheinander abarbeiteten. Der Quantencomputer solle am Ende 100 Qubits (Quantenbits) haben und über eine Open-Source-Software in der Cloud jedem zur Nutzung offen stehen. „Es soll eine Plattform sein, wo man dann mit kurzen Anträgen Zeit zum Rechnen auf dem Computer beantragen kann.“

Der Computer solle vor allem die Simulation von Abläufen in Chemie und Materialwissenschaft sowie das maschinelle Lernen in der Künstlichen Intelligenz beschleunigen, sagt Wilhelm-Mauch, Professor für Quanten- und

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Festkörpertheorie. Mit einem Quantencomputer könne man beispielsweise Moleküle simulieren – möglicherweise eines Tages auch das Molekül Nitrogenase. Wenn dies gelänge, könnte man Stickstoffdünger bei Raumtemperaturen statt unter großer Hitze herstellen und zwei Prozent der globalen CO₂-Emissionen einsparen. „Das wäre eine Sensation. Aber das ist nichts für unsere Generation.“

Wie das Teil aussehen wird? Wie ein großer Zylinder, so drei bis vier Meter hoch mit einem Durchmesser von 1,5 Metern. Die Außenhülle sei wie bei einer „Thermoskanne“, in der innen eine Kältemaschine sitzt. Denn der Chip ist ein sogenannter supraleitender Schaltkreis, dessen Metalle aber erst supraleitfähig werden, wenn sie auf minus 273 Grad Celsius runtergekühlt werden. Der Chip werde in der Maschine in der Mitte sitzen – mit Hunderten von Bauelementen herum, sagt der Experte der Saarbrücker Uni.

Weltweite Konkurrenz – die USA liegen weit vorn

An Quantencomputern wird weltweit getüftelt. Vor allem in den USA hätten Forscher „das Umschalten von Grundlagenforschung auf den Bau eines Apparates“ ein paar Jahre vor Europa gemacht. „Die sind in einem langen Projekt, was mehrere Runden hat, einfach früher gestartet. Aber ich glaube, wir haben eine gute Position“, sagt der Physiker. Die Zahl der Qubits sei letztlich nicht das, was alleine entscheidend sei. „Es kommt darauf an, die Qualität hoch zu haben – mit schneller Verarbeitung und geringer Fehlerzahl.“

Für die EU-Kommission ist das Flaggschiff-Programm eine „beispiellose Initiative“. Es handele sich um „eines der größten und ehrgeizigsten Forschungsprogramme“ der Europäischen Union. Es habe eine Laufzeit von zehn Jahren. In der ersten Phase werden 20 Vorhaben gefördert.

Die Quantencomputer könnten aber nicht nur Datenbanken turboschnell durchsuchen oder Verkehrsströme berechnen. Sie könnten auch Kryptographie, also verschlüsselte Informationen, knacken. „Wenn man eine Million Qubits hat, kann man die aktuelle Internet-Kryptografie brechen“, sagt Wilhelm-Mauch. Das werde aber erstens noch sehr lange dauern. Und zweitens werde bereits längst an quantensichereren Verfahren gearbeitet. „Der Quantencomputer ist also nicht die Atombombe des Informationszeitalters, der alles unsicher macht.“

Birgit Reichert (Saarbrücken)

Internet:

- Quantum Flagship <http://dpaq.de/CpK5W>
- Frank Wilhelm-Mauch <http://dpaq.de/M97wQ>

VW im Spitzentrio bei Forschungsausgaben

Wolfsburg/München (dpa) – Nie zuvor haben die 1000 größten börsennotierten Unternehmen so viel Geld in Forschung und Entwicklung gesteckt: 2018 investierten sie 782 Milliarden Dollar (gut 688 Mrd Euro) für Innovationsausgaben – 11,4 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Das ergab eine Studie von Strategy&, der Strategieberatung des Wirtschaftsprüfungs- und Beratungskonzerns PwC.

Demnach fanden sich mit Volkswagen, Daimler und Siemens drei deutsche Unternehmen in den Top 20, VW kletterte mit Ausgaben von 15,8 Milliarden Dollar auf den dritten Platz. Amazon führte die Rangliste erneut an: der Internet-Gigant steckte im Untersuchungszeitraum, dem Fiskaljahr bis Ende Juni 2018, 22,6 Milliarden Dollar in Forschung.

Der international Zweitplatzierte, die Google-Mutter Alphabet, investierte 16,2 Milliarden Dollar in Forschung und Entwicklung. Gemessen am Umsatz gaben die Internet- und Software-Riesen deutlich mehr für Forschung und Entwicklung (F&E) aus als beispielsweise die Autobranche. Amazon kam bei der sogenannten F&E-Quote auf 12,7 Prozent, Intel gar auf 20,9 Prozent.

Deutsche Unternehmen investierten 54 Milliarden in Forschung

Insgesamt stiegen die Forschungs- und Entwicklungsausgaben der analysierten deutschen Unternehmen um 6,1 Prozent auf 53,9 Milliarden Euro. Neben VW schafften es Daimler (rund 7,1 Milliarden Dollar) auf Platz 17 und Siemens (6,1 Milliarden Dollar) unter die ersten 20.

Vor einem Jahr hatte Volkswagen mit Ausgaben von 12,2 Milliarden international den fünften Rang belegt – nach fünf Jahren an der weltweiten Spitze bei den Forschungsausgaben. Mit hohen Aufwendungen bemühten sich die deutschen Vertreter, künstliche Intelligenz oder Industrie-4.0-Technologien rund um die vernetzte Fabrik der Zukunft voranzubringen, erklärte Peter Gassmann, der Europa-Chef von Strategy&. Allein Volkswagen hatte im vorigen Jahr angekündigt, in die Entwicklung von E-Autos, autonomes Fahren, Mobilitätsdienste und Digitalisierung bis 2022 über 34 Milliarden Euro stecken zu wollen.

Volkswagen erlöste im vergangenen Geschäftsjahr 230,7 Milliarden Euro – sehr viel Geld. Die von Strategy& errechnete F&E-Quote von 5,7 Prozent für VW dürfte also immer noch als guter Wert gelten, auch wenn einige Tech-Konzerne besser da stehen. In absoluten Zahlen blieb Volkswagen in der Autobranche unangefochten an der Spitze.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Gassmann betonte: „Große Investments allein reichen nicht, um die Innovationskraft zu fördern.“ Verständnis für die Bedürfnisse der Konsumenten sowie die Fähigkeit zu harten Entscheidungen bei der Auswahl von Forschungsvorhaben gehörten auch dazu.

Im weltweiten Vergleich stockten der Untersuchung nach vor allem chinesische (plus 34,4 Prozent) und europäische Unternehmen (plus 14 Prozent) ihre Innovationsausgaben auf, in Nordamerika wuchsen die Budgets lediglich um 7,8 Prozent. Chinesische Unternehmen zeigten, dass sich Asien in Sachen Forschung und Entwicklung „gerade erst warmläuft“, sagte Gassmann. Dort werde in den kommenden Jahren vermutlich ein Großteil der Schlüsseltechnologien entwickelt.

Wie innovativ die Unternehmen von außen wahrgenommen werden, steht jedoch auf einem anderen Blatt. Laut der Untersuchung gilt – unabhängig vom Budget von 11,6 Milliarden Dollar und dem 7. Platz im Ranking – Apple noch vor Amazon und Alphabet als das innovativste Unternehmen weltweit.

Die Zuordnung der Unternehmen zu Regionen folgt der Angabe des Unternehmenssitzes. Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben, die beispielsweise Siemens in den USA investiert, fließen somit in die Region Europa ein.

Thomas Strünkelnberg (Hannover)

Internet:

- Über PwC's Strategy& <http://dpaq.de/dx5N7>

Siemens-baut Millionen-Campus in Berlin

Berlin (dpa) – Der Technologiekonzern Siemens baut in den nächsten Jahren in Berlin einen großen Innovationscampus. Die Bundeshauptstadt bekam am 31. Oktober den Zuschlag für das Projekt. Siemens kündigte an, „bis zu 600 Millionen Euro in eine neue Arbeits- und Lebenswelt“ zu investieren. Es ist die größte Einzelinvestition in der Geschichte von Siemens in Berlin.

Der Campus wird auf einem historischen Industriegelände in der Siemensstadt in Berlin-Spandau auf einer Fläche von 700 000 Quadratmetern bis zum Jahr 2030 entstehen. Dort sollen Forschungseinrichtungen, Fach- und Gründungszentren sowie Start-up-Firmen angesiedelt werden, aber auch Wohnungen entstehen.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Vorstandsmitglied Cedrik Neike für Siemens und Regierungschef Michael Müller (SPD) für das Land Berlin unterzeichneten eine Vereinbarung, gemeinsam die Siemensstadt als Technologiestandort auszubauen. Der Berliner Senat wird einen städtebaulichen Wettbewerb initiieren, der die Grundlage für das Projekt bilden soll. Außerdem wird eine Projektsteuerungsgruppe eingesetzt.

Neike hatte sich besonders dafür eingesetzt, dass der Campus nach Berlin kommt und nicht international ausgeschrieben wird. Der gebürtige Berliner bezeichnete die geplante Siemensstadt 2.0 als „Ökosystem, wo wir Arbeiten, Forschen, Wohnen und Lernen auf einem Areal vereinen“.

Als Teil des großen Ganzen ist ein kleineres Industrie- und Wissenschaftszentrum geplant, in das die Beteiligten 60 Millionen Euro stecken. Dazu gehören die Stadt, die Technische Uni Berlin, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung. Auch dazu wurde eine Absichtserklärung unterzeichnet.

Schwerpunkte: Energie, Elektromobilität und KI

Als Schwerpunkte der Forschung auf dem künftigen Campus nannte Siemens dezentrale Energiesysteme, Elektromobilität, Industrie 4.0, 3D-Druck, das Internet der Dinge, Künstliche Intelligenz und Datenanalyse. Zur möglichen Zahl neuer Arbeitsstellen äußerte sich Kaeser nicht konkret.

Der Regierende Bürgermeister Müller sprach von einem „wichtigen Tag für den Wirtschaftsstandort Berlin und die Stadt insgesamt“. Erst vor acht Wochen habe man konkret mit den Gesprächen begonnen und sei nun schneller fertig geworden als gedacht. Kaeser sagte, auf dem Campus solle ausprobiert werden, wie in Zeiten des schnellen digitalen Wandels Forschung, Arbeit und Freizeit in Einklang zu bringen sind.

Der Siemens-Chef zeigte sich besorgt über eine Spaltung der Gesellschaft. Als Beispiel nannte er München, wo es für Menschen, „die einen ganz normalen Job haben“, schwer sei, eine vernünftige Bleibe zu finden. Das dürfe nicht der neue sozioökonomische Standard werden, „aber wir sind auf dem besten Weg dahin“, fügte Kaeser hinzu.

Siemens hat die Zentrale in München, seine Wurzeln aber in Berlin und beschäftigt dort zurzeit 11 400 Mitarbeiter. Die Stadt ist der Gründungsort des Konzerns, im Bezirk Spandau entstand ab 1900 der nach dem Unternehmen benannte Stadtteil Siemensstadt mit Fabriken und Werkssiedlungen. Der Campus entsteht auf dem Gelände, auf dem sich das alte Dynamowerk und das Schaltwerk befinden.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) nannte die Ansiedlung einen großen Erfolg für die Hauptstadt. „Ich habe Berlin und den Regieren-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

den Bürgermeister Michael Müller immer bei seinen Bemühungen unterstützt, den Siemens-Innovationscampus in Berlin anzusiedeln – und ich werde das Projekt weiter unterstützen“, sagte er.

Bernd Röder und Julia Kilian (Berlin)

Internet:

- Siemens-Pressemitteilungen <http://dpaq.de/HfPPy>

Schilf soll schöne Beine machen

Eningen (dpa) – Andrea Kruse hat eine Vision. Wenn sich Frauen künftig Nylonstrümpfe überstreifen, sollen deren Bestandteile aus Gras bestehen. Oder aus Chicorée-Wurzeln. Oder aus alten Brötchen. Ermöglichen soll das eine sogenannte Bioraffinerie, die pflanzliches Ausgangsmaterial in Biokunststoffe verwandelt. Kruse ist Fachgebietsleiterin für Konversionstechnologien nachwachsender Rohstoffe an der Universität Hohenheim und hat am 31. Oktober mit einem Forscherteam ihrer Hochschule den Prototyp in Betrieb genommen.

Die Bioraffinerie der Hohenheimer Wissenschaftler steht in einem ehemaligen Schlachthaus auf einer Hofanlage in Eningen (Baden-Württemberg), wo die Universität eine Versuchsstation betreibt. Umbau der Räume und Bau der Anlage haben insgesamt mehr als 1,2 Millionen Euro gekostet, gefördert aus Forschungsprojekten von EU, Bund und Land. Ein Jahr lang habe das Team die Raffinerie geplant und dabei auf seit vielen Jahren erhobene Labordaten zurückgegriffen, sagt Ingenieur David Steinbach.

Nun können die Forscher einen Brei aus Miscanthus, einer auch als Chinaschilf bekannten Pflanze, in die Bioraffinerie einspeisen. Mit der Anlage lässt sich aus dem Schilfgras sogenanntes Hydroxymethylfurfural (HMF) gewinnen – ein Ausgangsstoff zur Herstellung von Getränkeflaschen, Verpackungen und Autoteilen. Oder eben von Strumpfhosen. „Bisher benutzte man dafür Erdöl“, sagt Steinbach. HMF soll solche fossilen Rohstoffe ersetzen.

Idee: Landwirte bauen auf schlechteren Feldern Biomasse an

Die Universität Hohenheim pflanzt Chinaschilf auf einigen Testfeldern um Eningen an. In ganz Baden-Württemberg belaufe sich die Anbaufläche derzeit auf 100 Hektar, schätzt Agrarwissenschaftlerin Iris Lewandowski. Geht es nach Andrea Kruse, vergrößert sich diese künftig deutlich: „Unsere Idee ist, dass Landwirte es auf ihren weniger guten Feldern anbauen und so die Biomasseproduktion in ihren Betrieb integrieren.“ Zu dieser Idee gehört

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

auch, dass Bauern eine Bioraffinerie auf ihrem Hof stehen haben und diese mit selbst angebautem Schilf füttern. Über zentrale Sammelanlagen soll der Biokunststoff zu Industriepartnern gelangen. Kruse will beispielsweise Babynahrungshersteller, Getränkekonzerne oder eben Sportbekleidungs- und Strumpffabrikanten dafür gewinnen.

In anderen Fachbereichen, etwa der Chemie, existierten bereits ähnliche Forschungsprojekte, sagt Kruse. Eine Studie des Nova-Instituts im Auftrag des Bio-Based Industrie Consortium verzeichnet Ende 2017 europaweit 224 unterschiedliche Bioraffinerien – auch solche, die auf Zucker-, Öl- und Holzbasis arbeiten oder Biodiesel produzieren. Das Heidelberger Institut für Energie- und Umweltforschung untersucht das Marktpotenzial biobasierter Lebensmittelverpackungen oder die Anwendbarkeit von Biokunststoffen im unternehmerischen Großeinkauf.

Die Bioraffinerie im ehemaligen Eninger Schlachthaus setzt ein Kilogramm Chinagrass pro Stunde um. Für die Anlagen der Zukunft schwebt den Forschern ein Wert von einer Tonne am Tag vor – die Dimensionen künftiger Raffinerien hängen allerdings auch vom Ausgangsrohstoff ab. Denn nach Angaben von Kruse lassen sie sich neben Schilf auch mit anderen bisherigen Abfallprodukten – etwa Teilen der Chicorée-Wurzel oder sogar alten Backwaren – befüllen. Für größere Folgeanlagen müssten aber erst einmal Investoren gefunden werden. Steinbach schätzt ihre Kosten auf zwei Millionen Euro.

Kathrin Löffler (Tübingen)

Internet:

- Landkarte von Bioraffinerien in Europa <http://dpaq.de/UZuKj>
- Institut für Energie- und Umweltforschung <http://dpaq.de/b18gW>
- Projekt-Homepage <http://dpaq.de/3KEoj>

Weltraumerkunder am Ende – Tanks sind leer

Washington (dpa) – Es ist die Woche des unfreiwilligen Abschieds bei der Nasa: Erst geht dem Weltraumteleskop „Kepler“ der Sprit aus und jetzt auch noch der Raumsonde „Dawn“. Beides war erwartet worden, trotzdem sind Forscher wehmütig. Als Trost bleiben nur die vielen Daten.

Nach rund neun Jahren im All war es bei „Kepler“ so weit. Das Teleskop sei deswegen in den Ruhestand entlassen worden, teilte die US-Raumfahrtbehörde Nasa am 30. Oktober bei einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz mit. „Kepler“ solle künftig in seiner sicheren Umlaufbahn um die Sonne bleiben. „Die Zeit ist gekommen“, schrieb Nasa-Manager

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Thomas Zurbuchen beim Kurznachrichtendienst Twitter. „Danke, dass du unseren Blick auf das Universum verändert hast.“

Der nach dem deutschen Astronomen Johannes Kepler (1571-1630) benannte Planetenjäger war 2009 in die Erdumlaufbahn gebracht worden, um nach Planeten außerhalb unseres Sonnensystems zu suchen. Seitdem hat „Kepler“ Hinweise auf Tausende von fernen Planeten gefunden. „Als wir angefangen haben, uns diese Mission auszudenken vor 35 Jahren, wussten wir von keinem Planeten außerhalb unseres Sonnensystems“, sagte der frühere Nasa-Forscher William Borucki. „Jetzt wissen wir, dass Planeten überall sind.“ Bei der Mission traten allerdings auch immer wieder technische Schwierigkeiten auf, seit 2013 operiert „Kepler“ nur noch in begrenztem Modus.

„Kepler“ hat alle Erwartungen übertroffen

„Als Nasas erste Planetenjäger-Mission hat „Kepler“ unsere Erwartungen bei weitem übertroffen und den Weg für unsere Entdeckungen und die Suche nach Leben in unserem Sonnensystem und darüber hinaus frei gemacht“, sagte Nasa-Manager Zurbuchen. „„Kepler“ hat uns nicht nur gezeigt, wie viele Planeten dort draußen sein könnten, sondern gleich ein komplett neues Forschungsfeld aufgetan, das die Wissenschaftsgemeinde im Sturm erobert hat.“ Zuletzt hatten die Forscher noch eine große Menge Daten von „Kepler“ herunterladen können.

Ein Nachfolger für „Kepler“ hat sich bereits auf den Weg gemacht: Im April startete das Weltraumteleskop „Transiting Exoplanet Survey Satellite“ (TESS) vom US-Bundesstaat Florida aus zur Planetensuche im All. Die rund 200 Millionen Dollar teure Mission ist zunächst auf etwa zwei Jahre angelegt. „Tess“ ist ungefähr so groß wie ein Kühlschrank und hat vier Kameras.

Wie „Kepler“ beobachtet das Teleskop das Licht bestimmter Sterne. Wenn es kurz nachlässt, könnte das bedeuten, dass ein Planet vorbeigezogen ist. „Tess“ könnte sowohl kleine steinige Planeten als auch riesige Himmelskörper finden – und soll insgesamt ein deutlich größeres Gebiet abdecken als „Kepler“.

Auch Sonde „Dawn“ ging der Sprit aus

Auch die mit deutscher Beteiligung gebaute Raumsonde „Dawn“ hat keinen Treibstoff mehr. Nach rund elf Jahren im All sei die Sonde wie erwartet verstummt, teilte die US-Raumfahrtbehörde Nasa am 1. November mit. Sie habe zwei geplante Kommunikationsfenster verpasst. Nachdem alle anderen Gründe dafür ausgeschlossen werden konnten, werde nun davon ausgegangen, dass „Dawn“ (auf Deutsch: Morgenröte) wie erwartet der Treib-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

stoff ausgegangen sei. „Abenddämmerung für Morgenröte“, kommentierte die Nasa per Kurznachrichtendienst Twitter.

„Heute feiern wir das Ende der „Dawn“-Mission – ihre unglaublichen technischen Errungenschaften, die wichtigen wissenschaftlichen Erkenntnisse, die sie uns gegeben hat, und das ganze Team, das diese Entdeckungen ermöglicht hat“, sagte Nasa-Manager Thomas Zurbuchen.

Die Sonde, deren Kamerasystem an wissenschaftlichen Einrichtungen unter anderem in Göttingen, Berlin und Braunschweig entwickelt und gebaut wurde, kann nun nicht mehr mit den Forschern auf der Erde kommunizieren, wird aber absehbar noch Jahrzehnte in ihrer derzeitigen Umlaufbahn um den Zwergplaneten Ceres bleiben. Die ursprünglich auf neun Jahre angelegte Mission der im September 2007 vom Weltraumbahnhof Cape Canaveral im US-Bundesstaat Florida gestarteten Sonde war bereits mehrfach verlängert worden.

„Dawn“ hatte im März 2015 als erster Flugkörper überhaupt die Umlaufbahn eines Zwergplaneten erreicht und Ceres seitdem umrundet. Zuvor hatte die Sonde im Rahmen ihrer insgesamt rund 470 Millionen Dollar teuren Mission schon den Asteroiden Vesta besucht – sie ist damit die bislang einzige Sonde, die zwei extraterrestrische Objekte umkreist hat.

Christina Horsten (New York)

Internet:

- Mitteilung der Nasa <http://dpaq.de/71D1J>

Nasa bei Twitter <http://dpaq.de/yR6u5>

HOCHSCHULE

Gauck nun Ehrendoktor der Kieler Uni

Kiel (dpa) – Die Theologische Fakultät der Kieler Christian-Albrechts-Universität (CAU) hat dem früheren Bundespräsidenten Joachim Gauck die Ehrendoktorwürde verliehen. „Ihr Einsatz für Menschlichkeit, der deutlich geprägt ist durch ihre theologische Vergangenheit und durch die Hoffnung auf eine bessere, gerechtere, demokratischere und freiere Welt, macht sie zu einem würdigen Doktor der Theologie honoris causa“, sagte Prodekan Andreas Müller am 29. Oktober in seiner Laudatio. Er würdigte Gaucks kritischen Umgang mit historischer Schuld, seinen Einsatz für die Würde aller Menschen und für eine Gesellschaft in Freiheit und Frieden.

Gauck nahm die Auszeichnung im Audimax der Hochschule entgegen. In seiner Dankesrede sprach der 78-Jährige über die Ängste der Deutschen. „Jeder spürt die Unsicherheit in der Gesellschaft.“ Menschen entwickelten Angst, weil sie den Verlust des Alten und Vertrauten fürchten. Der Innovationsdruck sei für immer mehr Menschen unerträglich.

Einige folgten deshalb politischen Verführern, sagte Gauck. Diese versuchten, Unsicherheit in Hass zu verwandeln und zu spalten. Andere Länder hätten früher als Deutschland mit einem „angstgesteuerten Populismus“ zu tun gehabt. Dieser funktioniert nach Ansicht Gaucks aber überall gleich: „Die Angststrategen bieten uns Befreiung vom ständigen Druck.“ Sie suggerierten, es gebe eine Rückkehr und ein Ende des lästigen Suchens nach Kompromissen. Sie lockten die Menschen „letztlich in eine Gefolgschaft“.

Gauck: Angst ist ein widerwärtiges Mittel der Politik

Einer derartigen Politik fehle jedoch der Innovationsgeist. Angst sei ein „widerwärtiges Mittel der Politik“, sagte Gauck. „Ich fürchte nur, mit Furor allein werden wir das Geschäft der Angstmacher nicht verderben können.“ Er warb für eine offene Gesellschaft, für debattenorientierte Lösungen. Dazu gehöre auch, unangenehme Wahrheiten auszusprechen. „Ohne Angst geht's nicht. Aber angemessen. Das könnte gehen.“

Prodekan Müller sagte, Gaucks Denken und Wirken sei „trotz seiner konsequent verfolgten weltanschaulichen Neutralität letztlich von seiner theologischen Grundhaltung geprägt gewesen“. Ihm nötige besonderen Respekt ab, „wie sehr Sie sich für die Opfer in der Geschichte eingesetzt haben, ihnen als Person auch im Nachhinein zu ihrem Recht zu helfen versuchten“. Zudem habe Gauck „unermüdlichen Einsatz für die Freiheit als Grundbestand demokratischer und rechtsstaatlicher Ordnung“ gezeigt.

Für Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) war Gaucks Handeln immer geprägt vom Grundgedanken, dass die Würde der

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - HOCHSCHULE

Menschen unantastbar sei. „Sie sind ein Glücksfall für uns Deutsche gewesen.“ Gauck habe mit seiner Art das Herz und den Verstand vieler Deutscher erreicht und auch berührt. „Ihr Einsatz für die Bürgergesellschaft ist wirklich beispielhaft.“

Für Gauck ist es nicht der erste Ehrendoktor: So haben ihn etwa die Philosophische Fakultät in Jena sowie theologische Fakultäten der Universitäten Rostock und Münster mit dieser Auszeichnung gewürdigt. Gauck war früher Chef der Stasi-Unterlagenbehörde. 2012 wurde er als Nachfolger des zurückgetretenen Christian Wulff ins höchste Staatsamt gewählt. Er verzichtete auf eine zweite Amtszeit.

Einige Studenten demonstrierten im Audimax mit einem Plakat gegen eine Ehrung von Kriegstreibern. Günther bat die Studierenden, den Blick auf die Bühne wieder freizugeben. Man habe die Botschaft ja gesehen. Das taten diese dann auch.

André Klohn (Kiel)

Internet:

- Kieler Universität zur Verleihung der Ehrendoktorwürde <http://dpaq.de/oh0G9>

Ausbau der offenen Bildungsmaterialien

Berlin (dpa) – Die Informationsstelle für offene Bildungsmaterialien OER (Open Educational Resources = OER) wird weiter ausgebaut. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung habe zugesagt, OERinfo für weitere zwei Jahre zu fördern, erklärte Luca Mollenhauer vom Deutschen Bildungsserver, wo die Arbeit an dem von mehreren Partnern umgesetzten Projekt koordiniert wird. Ein Schwerpunkt solle zukünftig darauf liegen, noch stärker auf anwendungsorientierte Fragestellungen einzugehen und die Vernetzung in den Bildungsbereichen auszubauen, teilte Mollenhauer am 1. November mit.

OERinfo ist seit zwei Jahren der zentrale Anlaufpunkt für das Wissen und den Austausch über offene Bildungsmaterialien. Er bietet auf seinem Portal umfassende Informationen, Hilfestellungen und Good-Practice-Beispiele zu diesem Themenbereich.

Open Educational Resources seien frei im Internet verfügbar und könnten auf rechtlich gesicherter Basis geteilt und bearbeitet werden, hieß es. Dadurch erweiterten sie die Möglichkeiten zu lehren und zu lernen. Einen Überblick über die Angebote und Aktivitäten rund um die offenen Bildungsmaterialien hierzulande biete die Deutschlandkarte der Informations-

stelle. Sie soll in den nächsten zwei Jahren durch direkte Schnittstellen zu OER-Datenbanken ebenfalls ausgebaut werden.

Neben dem koordinierenden Deutschen Bildungsserver sind folgende Partner an der Informationsstelle beteiligt: Die Agentur Jöran und Konsorten ist für die Redaktion und das Hochschulbibliothekszentrum NRW für die OER-Deutschlandkarte zuständig. Den Transfer in die einzelnen Bildungsfelder verantworten das FWU – Medieninstitut der Länder (Schule), das Learning Lab der Universität Duisburg-Essen (Hochschule), das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (Erwachsenen- und Weiterbildung) und das Bundesinstitut für Berufsbildung (Berufsbildung).

- Internet:

Deutscher Bildungsserver <http://dpaq.de/3eSav> OERinfo <http://dpaq.de/ui3E7>

Mehr Migranten in NRW mit Hochschulreife

Düsseldorf (dpa) – Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund machen in Nordrhein-Westfalen Abitur. Rund jeder fünfte ausländische Schulabgänger erlangte 2016 in NRW die Hochschulreife (20,2 Prozent). Das waren rund zehn Prozentpunkte mehr als noch 2005, wie aus der Zuwanderungs- und Integrationsstatistik 2017 hervorgeht. Von den deutschen Schulabgängern erlangten 41,7 Prozent im Jahr 2016 die Hochschulreife – fast 14 Prozent mehr als 2005.

Auch auf dem Arbeitsmarkt werden Migranten in NRW besser integriert. Die Erwerbslosenquote sank laut Statistik im Langzeitvergleich von 19 Prozent auf 7,6 Prozent. Bei der übrigen NRW-Bevölkerung ging sie von 8,1 Prozent auf 3,6 Prozent zurück.

Jeder vierte Bewohner in NRW mit Migrationshintergrund

Rund jeder vierte Bewohner in NRW hat einen Migrationshintergrund. Das sind etwa 4,6 Millionen Menschen. Am höchsten ist der Anteil laut Statistik mit fast 40 Prozent in Leverkusen, am niedrigsten im Kreis Höxter mit gut 12 Prozent. Etwa 41 Prozent der drei- bis sechsjährigen Kinder haben ausländische Wurzeln, aber nur 13 Prozent der Älteren ab 65 Jahren. 360 000 Menschen wanderten 2016 aus dem Ausland zu, 227 000 wanderten aus NRW ab.

Bei der Verteilung der Bevölkerung gibt es in NRW deutliche regionale Unterschiede. Im Münsterland leben mit 18,3 Prozent Anteil die wenigsten Menschen mit Migrationshintergrund. In Ostwestfalen-Lippe leben die meisten Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion (38,2 Prozent). Das Ruhr-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - HOCHSCHULE

gebiet hat die meisten Bewohner polnischer (18,1 Prozent) und türkischer Herkunft (25,8 Prozent), aber auch mit 31,6 Prozent die höchste Quote ausländischer Hartz IV-Bezieher.

Internet:

- Zuwanderungs- und Integrationsstatistik 2017 <http://dpaq.de/8NETn>

Mehr Professuren gehen in Berlin an Frauen

Berlin (dpa) – In Berlin berufen die staatlichen Hochschulen mehr Frauen auf Professuren als früher. Von 223 ausgeschriebenen Stellen seien in diesem Jahr 45 Prozent mit Professorinnen besetzt worden, teilte die Senatskanzlei am 2. November mit. 2017 habe diese Quote noch bei 40 Prozent gelegen, 2016 bei 29 Prozent. An den drei großen Universitäten und der Charité gingen bis Ende September 2018 insgesamt 47 Prozent der neu erteilten Rufe an Wissenschaftlerinnen. An den vier künstlerischen Hochschulen waren es 58 Prozent, an den vier staatlichen Fachhochschulen 37 Prozent.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts betrug der Frauenanteil an allen Professuren in Deutschland im vergangenen Jahr rund 24 Prozent. In Berlin lag der Anteil an den staatlichen und privaten Hochschulen bei rund 32 Prozent – und damit bundesweit an der Spitze.

Internet:

- Pressemitteilung <http://dpaq.de/QNDtp>

SCHULE

Viele Lehrer in Niedersachsen arbeiten länger

Hannover (dpa) – In Niedersachsen arbeiten viele Lehrer im Schnitt länger als eigentlich erlaubt. Das ist eins der Ergebnisse einer Arbeitszeit-Analyse im Auftrag des Kultusministeriums in Hannover, die ein zwölfköpfiges Expertenteam am 30. Oktober vorlegte. Vor allem viele Teilzeitkräfte kämen auf Wochenarbeitszeiten von mehr als 48 Stunden. Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) stellte kurzfristig Konsequenzen in Aussicht, darunter eine Streichliste für die von Lehrern auszufüllenden Formulare sowie eine Überarbeitung der Arbeitszeitverordnung. Zudem soll nun ein Gremium unter Einschluss von Gewerkschaften und Verbänden Vorschläge für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Lehrkräften und Schulleitungen erarbeiten.

Die unabhängige Expertenkommission schlug daneben eine einstündige Senkung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung an Grundschulen, diverse Entlastungsstunden für Schulleitungen und Lehrkräfte sowie weitere Maßnahmen vor. Besonders betroffen seien ältere und in Teilzeit beschäftigte Lehrkräfte. „Jetzt muss der Minister die notwendigen Schritte einleiten, um die Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte endlich der Realität anzupassen“, forderte die GEW-Landesvorsitzende Laura Pooth. „Der Finanzminister darf nun nicht weiter die Augen verschließen, das niedersächsische Schulsystem benötigt einen massiven Investitionsschub.“

Die oppositionelle FDP sieht es ähnlich: „Die Zeit des Wartens, Analysierens und des Herumredens ist vorbei“, sagte der FDP-Abgeordnete Björn Försterling. Er forderte etwa für Schulleiter eine eigene Arbeitszeitverordnung. „Hier müssen kurzfristig die Leiter von Grundschulen entlastet werden.“ Auch die versprochene Altersermäßigung müsse endlich wiederkommen, um die Lehrkräfte länger im Dienst zu halten und frühzeitige Pensionierungen abzubauen.

Studie: Ein Drittel Verwaltungsarbeiten – zu viel

Tonne wertete die Studie als bundesweit einmalig, da eine objektive und transparente Grundlage für eine zeitgemäße Bewertung des Schulalltags geschaffen worden sei. Die Autoren hatten bei der ein Schuljahr dauernden Zeitmessung herausgefunden, dass sich die Arbeitsbelastung von Lehrern zu einem Drittel aus Unterricht, einem Drittel aus dessen Vor- und Nachbereitung sowie einem Drittel aus Tätigkeiten außerhalb des Unterrichts zusammensetzt. Dieser Anteil – meist Verwaltungstätigkeit – habe zulasten des Unterrichts stark zugenommen, so die Autoren der Arbeitszeitanalyse.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - SCHULE

Die CDU-Abgeordnete Mareike Wulf begrüßte die von Tonne in Aussicht gestellte Entlastung als guten ersten Schritt, meinte aber auch: „Wir müssen aber auch zeitnah Verwaltungsmitarbeiter und Sozialpädagogen einstellen, um den komplexen Anforderungen in der Schule gerecht zu werden.“ Ähnlich äußerte sich auch die SPD dazu. Die Studie zeige die Veränderung der Aufgaben- und Anforderungsprofile, mit denen sich Lehrerinnen und Lehrer konfrontiert sehen, sagte der SPD-Abgeordnete Stefan Politze.

Erstellt wurde die Studie von Frank Mußmann, dem Leiter der Kooperationsstelle für Hochschulen und Gewerkschaften an der Uni Göttingen sowie seinem Kollegen Axel Haunschild von der Universität Hannover. Sie basiert auf einer Studie im Auftrag der GEW von 2016, für die 2900 Lehrkräfte aus 255 Schulen fast ein Jahr ihre Arbeitszeit genau protokolliert hatten. Die nun von dem Gremium ermittelte Mehrarbeit in Niedersachsen liegt bei insgesamt rund 169 000 Zeitstunden pro Woche. Die Expertenkommission schlägt vor, dass für die Entlastung ein Drittel von den Schulen selber geleistet werden muss, während den Rest das Land sicherstellen müsste.

Nach der Studie arbeiten Gymnasiallehrer im Land im Schnitt pro Woche gut drei Stunden mehr als sie mussten, Grundschullehrer etwa eine Stunde und zwanzig Minuten mehr. Über alle Schulformen hinweg leisten die Lehrkräfte im Schnitt eine Stunde und vierzig Minuten Mehrarbeit pro Schulwoche. Allerdings weisen die Autoren der Studie auf eine große Streuung hin. So gibt es zwar viele Lehrer, deren Arbeitszeit deutlich überm Soll liegt, doch auch einige, die darunter bleiben.

Ralf Krüger (Hannover)

Internet:

- GEW-PM mit Link zur Studie im Volltext <http://dpaq.de/DuMDA>
- PM zur Studie <http://dpaq.de/8grFx>

Linke: Zu wenig Seiteneinsteiger im Vorbereitungsdienst in M-V

Schwerin (dpa) – Das Bildungsministerium in Mecklenburg-Vorpommern knausert nach Ansicht der Linke-Fraktion beim Umgang mit Seiteneinsteigern in den Schuldienst. Diese aus anderen Berufen kommenden Lehrkräfte erhielten keine Plätze, um einen Vorbereitungsdienst zu absolvieren und damit die Lehrbefähigung zu erhalten, erklärte die Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der Linke-Fraktion, Simone Oldenburg, am 31. Oktober. Sie berief sich auf die Antwort der Landesregierung auf ihre Kleine Anfrage.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - SCHULE

Demnach sind im laufenden Schuljahr nicht einmal 20 Prozent der Plätze im Vorbereitungsdienst besetzt. Dieser sei aber die Voraussetzung dafür, als gleichberechtigte Lehrkraft anerkannt zu werden. Nach Angaben des Ministeriums stehen derzeit 46 Plätze zur Verfügung, 9 sind besetzt.

Oldenburg mutmaßte, dass die Landesregierung es bevorzuge, unqualifizierte Seiteneinsteiger 27 Stunden pro Woche zu beschäftigen, anstatt ihnen 9 Stunden für die pädagogische Bildung zu gewähren. „Das ist Knausern an der völlig falschen Stelle“, sagte die Linke. Sie befürchtet, dass ein Teil der Seiteneinsteiger dem Land den Rücken kehren wird, um woanders den Vorbereitungsdienst zu absolvieren und nicht als Lehrkraft zweiter Klasse unterrichten zu müssen.

Nach früheren Angaben des Bildungsministeriums sind zu Beginn des laufenden Schuljahres 213 Seiteneinsteiger an den Schulen eingestellt worden. Das war fast jede dritte neueingestellte Lehrkraft.

Streit über Vertretungsunterricht in B-W

Stuttgart (dpa) – Bei der Analyse des Unterrichtsausfalls an den öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg stößt das Kultusministerium auf Widerstand. Grund dafür sei eine Blockade der beim Ministerium angesiedelten schulischen Hauptpersonalräte gegen eine Untersuchung des Vertretungsunterrichts, teilte das Kultusministerium am 30. Oktober mit. „Unser Ziel ist, Unterrichtsausfall wirksam vorzubeugen“, sagte Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU). „Die Blockadehaltung der Personalvertretungen lässt jedoch ein Interesse an Transparenz und differenzierter Betrachtung vermissen.“

Hintergrund ist eine Erhebung des Ministeriums zum Unterrichtsausfall vom 12. bis zum 16. November. Dabei sollen die rund 4500 Einrichtungen Auskunft über Anzahl der ausgefallenen Unterrichtsstunden und die Gründe dafür geben. Laut Ministerium geht es um die Qualität des Vertretungsunterrichts. Das jedoch lehnten die Personalräte ab.

Nach Angaben der Vorstandsvorsitzenden des Hauptpersonalrats der Beruflichen Schulen, Sophia Guter, bedeutet eine zusätzliche Untersuchung des Vertretungsunterrichts mehr Arbeit. „Es ist schön, wenn man Daten erhebt. Aber wenn man hinterher das Problem nicht beheben kann, ist die Frage, warum man sich die Mühe macht.“

An den Beruflichen Schulen würden einerseits nicht mehr Vertretungslehrer eingestellt, andererseits fehlten dafür auch die Bewerbungen. Der Landesvorsitzende des Verbands Bildung und Erziehung Baden-Württemberg,

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - SCHULE

Gerhard Brand, forderte das Ministerium auf, den Schulleitern mehr Zeit für die Bearbeitung der Anfragen zu geben.

Im Juni hatte das Ministerium erstmals den Unterrichtsausfall an den Schulen umfassend erhoben. Dabei war herausgekommen, dass jede zehnte Unterrichtsstunde in Baden-Württemberg vertreten wird oder ganz ausfällt. Zuvor waren jährlich lediglich stichprobenhaft 15 Prozent der öffentlichen Schulen im Südwesten befragt worden.

Internet:

- Pressemitteilung <http://dpaq.de/uyT32>

Schulen testen digitale Schulbücher in Rh-Pf

Mainz (dpa) – Sechs rheinland-pfälzische Schulen sollen digitale Schulbücher testen. Im Willigis-Gymnasium in Mainz und in der Grundschule Langenhahn im Westerwald würden diese bereits genutzt, teilte das Bildungsministerium am 30. Oktober in Mainz mit. Das klassische Schulbuch aus Papier soll aber nicht verbannt werden: Die Schulen setzten bei dem Projekt parallel gedruckte und digitale Schulbücher ein, erklärte ein Sprecher des Ministeriums.

Derzeit liefen Gespräche, um das Projekt auf zwei Realschulen plus in Ludwigshafen und Worms und zwei Gymnasien in Koblenz und Schweich (Kreis Trier-Saarburg) auszudehnen. Ziel sei es, zum Schuljahr 2021/22 nach dem Plan der Kultusminister eine digitale Lernumgebung anzubieten. Die dazu notwendige Infrastruktur wie Tablet-Computer oder einen Internetanschluss mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde haben die ausgewählten Schulen bereits.

„Das ist mir ein ganz großes Anliegen von Anfang an gewesen“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) über das Projekt. „Es ist so ein Stück Zeitenwende.“ Dabei gehe um eigens entwickelte Schulbücher, keine Digitalfassungen des gedruckten Buches. Sie hoffe, dass die Bundesregierung über den Digitalpakt Schule Finanzmittel zur Verfügung stelle. Dies sei eine Grundlage dafür, das Projekt flächendeckend auszubauen. Bis 2021 will Rheinland-Pfalz einen „Schulcampus“ als Plattform für digitale Lernmittel anbieten.

Internet:

- Digitalpakt Schule <http://dpaq.de/tUQE8>

VORSCHULE

Streit über Kinderbetreuung in Hamburg

Hamburg (dpa) – Die Opposition in der Hamburgischen Bürgerschaft hat vom rot-grünen Senat mehr Engagement bei der Kinderbetreuung in den Kitas gefordert. Immer mehr Eltern hätten trotz gesetzlichen Anspruchs auf eine kostenfreie Grundbetreuung Schwierigkeiten, wohnortnah einen Kita-platz zu finden, sagte Daniel Oetzel von der FDP, dessen Fraktion die Debatte in der Aktuellen Stunde am 1. November beantragt hatte. Auch CDU, Linke und AfD warfen Rot-Grün vor, hinter den eigenen Ansprüchen zurückzubleiben und die Chancengleichheit bei frühkindlicher Bildung zu gefährden. SPD und Grüne wiesen die Vorwürfe zurück.

Sozialsenatorin Melanie Leonhard (SPD) verwies auf knapp 20 000 zusätzliche Kitaplätze, die seit 2011 geschaffen worden seien. Die frühkindliche Bildung sei in Hamburg „schon lange auf sehr, sehr hohem Niveau“, sagte der SPD-Experte für Kinder und Familien, Uwe Lohmann. Bis Januar 2021 werde der Betreuungsschlüssel in den Krippen von derzeit 1 zu 5,1 auf 1 zu 4 verbessert. Im Elementarbereich gelte ab 2024 ein Schlüssel von 1 zu 10. „Diese Betreuungsschlüssel können sich bundesweit mittlerweile sehen lassen.“

Philipp Heißner von der CDU räumte zwar ein, dass der Senat die Kita-Politik zum Schwerpunkt gemacht habe und dies auch mit finanziellen Mitteln unterfüttere. „Aber man muss es auch umsetzen“, sagte er. Nach wie vor rangiere Hamburg im bundesweiten Vergleich beim Betreuungsschlüssel in den Krippen auf den hinteren Plätzen.

Oetzel warf dem Senat vor, den tatsächlichen Bedarf zu verschleiern, „weil es Wartelisten aus politischen Gründen nicht gibt“. Er forderte „ehrlichere und transparente Betreuungsschlüssel“, die auch verbindlich gelten müssten.

„Echte Chancengleichheit gibt es in Hamburgs Kitas noch lange nicht“, sagte der kinderpolitische Sprecher der Linken, Mehmet Yildiz. Durch das Kita-Gutscheinsystem würden Familien, die auf Hartz IV angewiesen seien, sowie Flüchtlings- und Migrantenfamilien mit nur einem arbeitenden Elternteil benachteiligt.

Nach Ansicht des AfD-Abgeordneten Harald Feineis liegt der tatsächliche Betreuungsschlüssel in den Kitas „benachteiligter Stadtteile“ erheblich niedriger. Dort könne man „von Chancengleichheit nicht für die Eltern und nicht für die Kinder sprechen“.

Martin Fischer (Hamburg)

Millionen für Bauarbeiten an Kitas im Norden

Kiel (dpa) – Mit rund 15,5 Millionen Euro unterstützt das Land im nächsten Jahr den Ausbau und die Sanierung von Kindertagesstätten in Schleswig-Holstein. Das Geld kommt aus einem Sondervermögen für Investitionen. Wie das Familienministerium am 2. November mitteilte, können die Mittel für den Ausbau der Betreuungsplätze ebenso verwendet werden wie für die Herstellung von Barrierefreiheit, Schallschutzmaßnahmen und die Verbesserung der digitalen Infrastruktur. Auch der Bau und die Sanierung von Sport-, Speise- und Schlafräumen können gefördert werden.

„Kommunen und Land haben beim Platzausbau und der Qualitätssteigerung bereits einen echten Kraftakt geleistet“, sagte Familienminister Heiner Garg (FDP). „Dieser ist aber noch nicht abgeschlossen.“ Das Land fördert Maßnahmen, die seit Anfang dieses Jahres begonnen wurden. Sie müssen bis zum 31. Oktober 2019 vollständig abgenommen worden sein. Die vollständige Abrechnung und damit verbundene Auszahlungen sind bis zum 31. Dezember 2019 Jahres möglich.

Internet:

- Richtlinie <http://dpaq.de/Jim3d>

TERMINE

November 2018

05. Start der Europäischen Woche der Berufsbildung zum Thema „Entdecke Dein Talent“ mit mehr als 1000 Veranstaltungen in ganz Europa, Info: <http://dpaq.de/li7n2>
06. Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz, Lüneburg, Info: <http://dpaq.de/21D15>
06. "The RTO Innovation Summit" zum Thema „Creating Impact Through Research“, Fraunhofer Gesellschaft, Brüssel, Info: <http://dpaq.de/7DLMq> , (bis 7.)
06. Kongress zum Thema „Digitaler Kapitalismus – Alle Macht den Konzernen?“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/Nqo42> , (bis 7.)
07. Pressekonferenz zur Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz mit HRK-Präsident Prof. Peter Alt, Berlin, Info: presse@hrk.de
07. Zweiter Programmkongress zum Thema „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“, Bundesministerium für Bildung und Forschung und GWK, Berlin, Info: <http://dpaq.de/bQd8D> , (bis 8.)
07. Runder Tisch Bildung für nachhaltige Entwicklung in Brandenburg, Stiftung Bildung (noch keine weiteren Informationen)
07. Tag der Lehre rund um aktuelle Entwicklungen in der Lehre, Universität Göttingen, Göttingen, Info: <http://dpaq.de/ZmiiE>
07. 4. Science Slam „Wissenschaft auf die Bühne“, Universität Erfurt, Erfurt, Info: <http://dpaq.de/0Kugk>
08. 9. Follow-up-Kongress der GEW zum „Templiner Manifest“ zum Thema „Ein neuer Hochschulpakt muss her!“, GEW, Berlin, Info: <http://dpaq.de/IJhGP>
08. 236. Amtschefkonferenz, Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: <http://dpaq.de/pZTqB>
08. Verhalten in digitalen Umgebungen. Workshop über aktuelle Trends in der Computational Social Science, Sozialwissenschaftliches Methodenzentrum, Universität Bremen und DFG, Bremen, Info: <http://dpaq.de/OfIYC> , (bis 10.)
08. Symposium zum Thema „B3 – Bildung Beyond Boundaris“, HRK-nexus-Projekt, Bremen, Info: <http://dpaq.de/Tv344>
09. Internationale Tagung „Falling Walls Conference, u.a. zu den Themen, Abfallrecycling, Gentechnik und Trauma-Forschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/ChOuC>

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - TERMINE

09. 1. Wissenschaftliche Konferenz Schulverpflegung zum Thema „Schulverpflegung neu denken – Essen, was schmeckt – Foodchain für die Schulumensa?“, Deutsches Netzwerk Schulverpflegung e.V. (DNSV) und das Kompetenzzentrum Schulverpflegung an der Universität Vechta, Oytten bei Bremen, Info: <http://dpaq.de/f8UNh>
10. Fachtagung zum Thema „Ich sehe was, was du nicht siehst – Beobachtung und Dokumentation als Fundament für das pädagogische Handeln“, Frühkindliche Bildung, Universität Rostock, Info: <http://dpaq.de/M13DS>
11. 14. Deutsche Konferenz zur Chemieinformatik, Gesellschaft Deutscher Chemiker e.V., Mainz, Info: <http://dpaq.de/cUBqj> , (bis 13.)
13. Siegerehrung beim Schülerwettbewerb „Invent a Chip“, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/DNq1>
14. Konferenz zum Thema „Wenn Roboter denken – Eine interdisziplinäre Sicht auf intelligente Automation“, Technische Hochschule Aachen, Münster, Info: <http://dpaq.de/wGzIF> , (bis 16.)
16. Deutscher Lehrertag zum Thema „Neue Wege gehen?“, Verband Bildung und Erziehung (VBE), Dortmund, Info: <http://dpaq.de/2Q62F>
17. Praxis-Workshop zum Thema „Selbstmotivation von Schülern wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/1sYtz>
19. Revision Summit zum Thema „Humanistische Werte im Kontext zu neuen Technologien“, Revision-Netzwerk, Berlin, Info: <http://dpaq.de/Hfyik> , (bis 20.)
21. Internationales Symposium zum Thema „250. Geburtstag Schleiermachers/200 Jahre Hegel in Berlin“, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin, Info: <http://dpaq.de/WBMG7> , (bis 23.)
21. 3. Deutscher Ausbildungsleiterkongress zum Thema „Duale Ausbildung geht in Führung“, Verband Bildung und Erziehung, Düsseldorf, Info: <http://dpaq.de/Mn2Fz> , (bis 23.)
21. Kongress zum Thema „Wandelbarer Campus der Zukunft“, Congress Presse, München, Info: <http://dpaq.de/mUota> , (bis 22.)
22. Tagung zum Thema „Praxis trifft Forschung: Learning in a Digital World“, Universität Frankfurt/Main und Bundesministerium für Bildung und Forschung, Frankfurt, Info: <http://dpaq.de/lggFy>
22. Jahrestagung 2018 des Universitätskollegs QPL: Diversität als Chance. Universität Hamburg, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/2SqPr> (bis 23.)
27. Fachtagung zum Thema „Digitale Bildungsoffensive – mit qualitätsvollen Internetseiten für Kinder“, Projektbüro Seitenstark, Berlin, Info: <http://dpaq.de/3PDYa> , (bis 28.)
29. Internationale Tagung zum Thema „Inklusion, Integration, Differenzierung – Behinderung in Literatur, Film und szenischen Künsten“, Universität Passau, Passau, Info: <http://dpaq.de/GuRCa> , (bis 2.12.)

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - TERMINE

29. Praxis-Workshop zum Thema „Begeisterung für Mathe wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/n499X>
30. Info-Veranstaltung zum Thema „Karriereweg zur Professorin bzw. zum Professor an einer Hochschule für Angewandte Wissenschaften“, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/sykHzH>

Dezember 2018

03. Tagung zum Thema „20 Jahre Berufsorientierungsprogramm – 10 Jahre Rückblick und 10 Jahre Ausblick“, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/By6Pg> , (bis 4.)
04. 79. Ordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerkes, Berlin, Info: stefan.grob@studentenwerke.de
05. HRK-Expertise-Jahreskonferenz zum Thema „Internationalisierung auf dem Prüfstand: Aktuelle Herausforderungen, neue Perspektiven“, Hochschulrektorenkonferenz, Berlin, Info: <http://dpaq.de/4WYqF> , (bis 6.)
05. Internationale Konferenz Online Educa, Berlin, Info: <http://dpaq.de/wjQ8K> , (bis 7.)
05. 18. Kongress der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin zum Thema „Qualität und Patientensicherheit“, Universität Hamburg, Leipzig, Info: <http://dpaq.de/5Gg8n> , (bis 7.)
06. Konferenz zum Thema „Wie frei sind die Hochschulen – Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft“, ZEIT Konferenz Hochschule & Bildung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/bK88R>
06. 364. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462
07. Fachtagung zum Thema „Discourse and Information Structure“, Universität Münster, Münster, Info: <http://dpaq.de/OHVyc> , (bis 8.)
10. Tagung zum Thema „Die Einheit von Lehren, Lernen und Prüfen: Herausforderungen in der Praxis, HRK-nexus-Projekt, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/9lpAo> , (bis 11.)
10. IT-Tage 2018, Magazin „Informatik Aktuell“, Frankfurt/Main, Info: <http://dpaq.de/W5MuK> , (bis 13.)
11. Workshops zum Thema „Anerkennung und Anrechnung an Hochschule“, HRK-nexus-Projekt, Darmstadt, Info: <http://dpaq.de/5PcbJ>
12. Internationale Konferenz zum Thema „Vulnerable Kindheit“, Universität Frankfurt/Main, Frankfurt/Main, Info: +49 69/798-23482, (bis 14.)

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - TERMINE

13. Internationale Fachkonferenz zum Thema „Hannah Arendt: Herausforderungen der Pluralität“, Universität Paderborn, Paderborn, Info: <http://dpaq.de/wQguf> , (bis 15.)

Januar 2019

- 28.. Kongress zum Thema „In Gottes Namen?! Streit um Religion in Gesellschaft und Politik“, Bundeszentrale für politische Bildung, Essen, Info: <http://dpaq.de/JCFTm> , (bis 30.)

März 2019

07. 14. Bundeskongress Politische Bildung zum Thema „Was uns bewegt. Emotionen in Politik und Gesellschaft“, Bundeszentrale für politische Bildung, Leipzig, Info: <http://dpaq.de/CTSgQ> , (bis 9.)
09. Tagung zum Thema „Kommunikation im Lehramt – Methodenvielfalt und Konzepte“, Universität Leipzig, Leipzig, Info: <http://dpaq.de/vLxlv>
14. 365. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462
14. 2. Bundesweite Tagung zum Thema „Wieviel Wissenschaft braucht die Lehrerfortbildung? Ko-Konstruktion und Kooperation“, Universität Freiburg, Freiburg, Info: <http://dpaq.de/XJEsT> , (bis 15.)

Juni 2019

06. 366. Kultusministerkonferenz, Wiesbaden, Info: +49 (0) 30 25418462

Oktober 2019

17. 367. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462

Dezember 2019

05. 368. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462

INHALT (GESAMT)

AKTUELLES

Länder wollen Schulen schnell ins Netz bringen	2
Wie Lehrer aufs Land gelockt werden	3
Berufsschulen brauchen 60 000 Lehrer bis 2030	5
Unicef: Deutschland bei Bildungsgerechtigkeit nur im Mittelfeld	6
15 Minuten täglich Vorlesen bringt viel	7
Was tun gegen Hass im Netz?	8

KULTURPOLITIK

Virtuelle Welten: Museum neu erleben	10
Hamburger wird neuer Preußen-Stiftungs-Chef	11
Thalia Theater Hamburg wird 175 Jahre alt	12
Merkel: Kulturpolitik des Bundes wichtig	14
Künstler rufen „Europäische Republik“ aus	14
Deutscher Buchhandlungspreis geht nach Chemnitz, Köln und Berlin	15
Auktion für Exilmuseum – 6,3 Millionen Euro	16
Syrisches Nationalmuseum eröffnet nach sieben Jahren wieder	17

BERUF UND WEITERBILDUNG

Mindestlohn steigt zweimal – Millionen	18
Menschen arm	18
Wieder mehr Lehrstellen als Bewerber	20
NRW-Ausbildungsreport: Viele Azubis gestresst und unterbezahlt	21
EU-Kommission ermuntert zur Weiterbildung	22

FORSCHUNGSPOLITIK

Europäische Forscher bauen Quantencomputer	24
VW im Spitzentrio bei Forschungsausgaben	26
Siemens-baut Millionen-Campus in Berlin.....	27
Schilf soll schöne Beine machen	29
Weltraumerkunder am Ende – Tanks sind leer	30

HOCHSCHULE

Gauck nun Ehrendoktor der Kieler Uni	33
Ausbau der offenen Bildungsmaterialien	34
Mehr Migranten in NRW mit Hochschulreife	35
Mehr Professuren gehen in Berlin an Frauen	36

SCHULE

Viele Lehrer in Niedersachsen arbeiten länger	37
Linke: Zu wenig Seiteneinsteiger im Vorbereitungsdienst in M-V	38
Streit über Vertretungsunterricht in B-W	39
Schulen testen digitale Schulbücher in Rh-Pf	40

VORSCHULE

Streit über Kinderbetreuung in Hamburg.....	41
---	----

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - INHALT (GESAMT)

Millionen für Bauarbeiten an Kitas im Norden	42
TERMINE	43
INHALT (GESAMT)	47

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 45/2018 05.November 2018 - IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

Impressum

dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

Vors. des Aufsichtsrates: David Brandstätter
Geschäftsführer: Peter Kropsch (Vors.), Matthias Mahn, Andreas Schmidt

Mittelweg 38
20148 Hamburg

Postfach 13 02 82
20102 Hamburg

Telefon: 040 4113-0
E-Mail: info@dpa.com

Eingetragen beim Handelsregister Hamburg,
HRB 68431

Ust-IdNR: DE 118543436

Inhaltlich verantwortlich:

Inhaltlich verantwortlich ist der jeweils auf Seite 1
genannte Redakteur.

Wenn Sie Interesse an weiteren Produkten ha-
ben, wenden Sie sich einfach an den dpa-
Vertrieb.

E-Mail: dossiers-termine@dpa.com
Telefon: (040) 4113-32521

Hinweise

© dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH.

Alle Inhalte dieser Ausgabe sind urheber- und
leistungsschutzrechtlich geschützt.
Jegliche Nutzung außer zur eigenen Information,
ist ohne ausdrückliche Zustimmung der dpa un-
zulässig.

Dies gilt insbesondere für die ganze oder teilwei-
se Veröffentlichung, Vervielfältigung, Weitergabe,
Bearbeitung oder Einspeisung in elektronische
Systeme.

Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Alle in diesem Produkt gemachten Angaben wur-
den mit größter Sorgfalt recherchiert. Dennoch
übernimmt die dpa keine Gewähr für die Richtig-
keit. Eine Haftung für Schäden, einschließlich
entgangenen Gewinns, welche in Verbindung mit
den in diesem Produkt genannten Inhalten eintre-
ten sollten, ist ausgeschlossen.